

2/2014

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE**

Tierversuchsgegner

Baden-Württemberg e.V.

Als gemeinnützig und besonders
förderungswürdig anerkannt

TIERSCHUTZ AKTUELL

Mitglieder-Informationen August 2014



Foto: Ingeborg Livaditis

- ***Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg***
- ***TTIP - Negative Folgen für den Tierschutz zu befürchten***
- ***Nachhaltige Landwirtschaft und Tierhaltung***
- ***Schwerpunkt Tierversuche,
u. a. Kampagne Stop Vivisection: Eine Million Unterschriften erreicht***

Geschäftsstelle: Alexanderstr. 13 · D 70184 Stuttgart · Tel.: 07 11/61 61 71 · Fax: 07 11/61 61 81

Bankverbindung: Kreissparkasse Böblingen · BLZ 603 501 30 · Konto-Nr. 22 349, IBAN DE60 6035 0130 0000 0223 49, BIC BKRDE63333

Internet: www.tierrechte-bw.de · **Facebook:** www.facebook.com/tvgbw · **E-Mail:** info@tierrechte-bw.de

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 03 – 16 Unsere Aktivitäten, darunter:
04 – 05 Vortrag über Tierversuche
6 PM zur Neufassung des Landesjagdgesetzes
14 – 15 Bericht zur Mitgliederversammlung und
Private Aktionen mit großer Wirkung
16 Leserbriefe
17 – 21 Tierschutzpolitik in Baden-Württemberg
21 Illegaler Welpenhandel
22 TTIP Negative Folgen für den Tierschutz?
23 Kein Geld für tierschutzwidrige Projekte und
Europawahl 2014: Chancen für Tierschutz?
24 – 29 Kritik an Tierversuchen, darunter
25 Tierschutzgesetz verstößt gegen EU-Recht
26 – 27 EU-Kampagne gegen Tierversuche:
Über eine Million Unterschriften
30 Bahnbrechender Erfolg! Indien stoppt
Tierversuche für Haushaltsmittel
30 – 31 Nachhaltige Landwirtschaft und Tierhaltung

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE –
Tierversuchgegner Baden-Württemberg e.V.
Alexanderstr. 13, D-70184 Stuttgart
E-Mail: info@tierrechte-bw.de

Vorsitzende: Marie-Luise Strewé
Wielandsteinweg 5, D-73252 Lenningen
Tel. 0 70 26/37 00 58
E-Mail: strewé_tierrechte@email.de

Chefredaktion und Gestaltung:
Ingeborg Livaditis V.i.S.d.P.
Bahnhofstr. 12, D-71101 Schönaich
Tel. 0 70 31/65 20 15, Fax: 0 70 31/75 13 50
E-Mail: Liva-Tierrechte@arcor.de

Redaktionelle Mitarbeit:
Marie-Luise Strewé und Barbara Pflüger sowie
namentlich genannte Autoren

Herstellung: pws Print und Werbeservice Stuttgart GmbH
Auflage: 1.600 Exemplare

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



Foto: Fotolia

Liebe Leserinnen und Leser,

schauen Sie in dieses aufmerksame Schweinegesicht! Wie klug, neugierig und lebensfroh es in die Welt blickt! Augen sind die Spiegel der Seele, sagt man. Wer will leugnen, dass sich hinter diesen Augen ein wacher Geist verbirgt?

Am 22. Juni dieses Jahres geriet aus unbekannter Ursache im sachsen-anhaltinischen Teutschenthal eine Schweinemastanlage in Brand. Alle Löschversuche der Feuerwehr blieben erfolglos. Als nach einiger Zeit das Stalldach einstürzte und die Tiere unter sich begrub, versuchte die Polizei die Schweine zu erschießen, um sie von den schlimmsten Qualen zu erlösen. Die starke Hitzeentwicklung verhinderte jedoch jedes weitere Eingreifen: Alle 2.400 Tiere, darunter tausend Ferkel, verbrannten bei lebendigem Leib. Was für ein Albtraum – aber beileibe kein Einzelfall! Jeden Monat gehen in Deutschland mindestens zwei, drei Ställe in Flammen auf. Und in heißen Sommermonaten sterben Zehntausende in Massentierställen eingepferchte Hühner, Puten und Enten aufgrund zusammenbrechender Kühlsysteme einen qualvoll langsamen Hitze- und Erstickungstod.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht, wenn Sie solche Horrormeldungen lesen. Mich machen diese Schlagzeilen unsäglich traurig, aber auch zornig. Zornig deshalb, weil die tierquälerischen Megaställe nicht längst geschlossen wurden, die im Falle eines Brandes oder technischen Defekts für

tausende Tiere zur tödlichen Falle werden. Weil trotz schockierender Undercover-Aufnahmen aus Tierfabriken die Zahl der hierzulande gehaltenen „Nutz“tiere nicht dramatisch sinkt, sondern weiter ansteigt. Weil Politik und Wirtschaft unbeirrt auf maximal effiziente Tierausschüttung setzen, in der das Tier als Individuum wenig zählt, aber der schnelle Reibach umso mehr. Weil sich eine große Mehrheit unserer MitbürgerInnen nach einer kurzen Schrecksekunde achselzuckend von den schrecklichen Bildern ab- und dem Fleischgrill zuwendet. Seien wir realistisch. An der verzweiferten Lage der Tiere hat sich in den letzten Jahrzehnten nicht viel geändert – trotz der Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz vor nunmehr zwölf Jahren, trotz des Erstarkens der Tierrechtsbewegung und trotz der immer deutlicher werdenden verheerenden Folgen der Tierzucht auch für unsere eigene Gesundheit. (Im April dieses Jahres warnte die *WHO* erneut vor der Gefahr einer „post-antibiotischen Ära“, die uns vor allem auch durch den massiven Einsatz von Antibiotika in der industriellen Massentierhaltung droht.)

Bleibt uns angesichts dieser desolaten Situation nichts anderes übrig, als resigniert die Flinte ins Korn zu werfen? Ich meine nein. Noch besteht Hoffnung: Immer mehr Menschen erkennen, dass Mensch und Tier Grundlegendes vereint, dass unsere Mitgeschöpfe ein verletzbares Selbst besitzen, das es zu respektieren und zu schützen gilt. Die Mauer der Ignoranz, der Unwissenheit und Gleichgültigkeit beginnt zu bröckeln. Wir können – jeder kann auf seine Weise – dazu beitragen, sie endgültig niederzureißen. Vielleicht, indem wir auf Geist und Seele hinweisen, die sich in den Augen eines Tieres spiegeln.

Mit tierfreundlichen Grüßen
Marie-Luise Strewé
Marie-Luise Strewé
(Vorsitzende)

Radiosendung „Samtpfoten Katzenhilfe Ries e.V. – ein Tierschutzverein im Wandel“

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

Im Programm des Radio *St(h)örfunks* wurde die Sendung am 10.3.2014 wie folgt angekündigt: ***Auch in einem Tierschutzverein gibt es zwei Klassen von Tieren: die, für die man sich einsetzt und die, die gegessen werden und worüber man sich wenig Gedanken macht. Und leider ist es sehr schwierig, diese Denkweise zu ändern. Unsere Gäste vom Verein Samtpfoten Katzenhilfe Ries erzählen von sich und ihrer Arbeit.***

Wir, die Beate und der Markus, hatten mal wieder liebe Gäste bei uns im Studio, und zwar Elke, Werner und Annemarie vom Verein *Samtpfoten Katzenhilfe Ries e.V.* Bevor Elke etwas zur Vereinsgründung erzählte, war es uns ein Bedürfnis, auf das Zitat von Gandhi auf der Homepage des Vereins (www.samtpfoten-ries.de) zu verweisen: *„Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie Tiere behandelt.“*

Elke, die 1. Vorsitzende des Vereins, berichtete dann, wie es zur Vereinsgründung im Jahre 2007 kam.

Ihr liefen immer wieder Katzen zu. Das benachbarte Tierheim konnte und wollte irgendwann die Tiere nicht mehr aufnehmen. Elke wohnt in Baden-Württemberg, das Tierheim ist in Bayern; was lag da näher, als einen Verein zu gründen, der sich um diese Tiere kümmert. Inzwischen hat die *Katzenhilfe Ries* 200 Mitglieder und Ausgaben in Höhe von 70.000 Euro pro Jahr – Tendenz steigend. Der Verein hat kein eigenes Tierheim; die Katzen sind alle auf Pflegestellen untergebracht.

Dann berichtete Werner, unterstützt von seiner Lebensgefährtin Annemarie, wie er bei den *Samtpfoten* „landete“. Er meldete sich auf eine Hilfeanzeige des Vereins und

siehe da, kurze Zeit später war er zweiter Vorsitzender. Auch Annemarie wurde in den Beirat des Vereins gewählt, und beide kümmern sich jetzt um sehr viele Aufgaben, wie zum Beispiel: Pressearbeit, Organisation von Flohmarktständen, Koordination von Pflegestellen, Kontrolle des neuen Zuhause der Katzen. Werner und Annemarie haben dazu selber noch Pflegekatzen, die von ihnen liebevoll betreut werden, bevor sie vermittelt werden.



Jessy – das Vereinslogo

In der Sendung schilderten uns diese beiden Katzenliebhaber einige Schicksale ihrer Pflegekatzen, die uns sehr berührten – und die Zuhörer bestimmt auch. So zum Beispiel die Geschichte von *Poldi*. Er wurde schwer verletzt gefunden. Sein Kopf war total deformiert und nicht mehr als Katzenkopf erkennbar. Wahrscheinlich wurde er geschlagen, sein Auge blutete. Nach der Erstversorgung beim Tierarzt kam er mit einem schweren Gehirntrauma zu ihnen. Nun waren mehrere Wochen Intensivpflege nötig. Alle zwei Stunden Nasenspülungen, Augentropfen, flüssige Ernährung mit

der Spritze, da er nicht einmal essen konnte, so geschwollen war sein Gesicht. Er musste noch wochenlang seine Angst vor Menschen überwinden. Aber sie haben es geschafft. Heute geht es ihm wieder gut.

Im weiteren Verlauf der Sendung wiesen die Katzenschützer auch auf ihre Rubrik *Zugelaufen/Gefunden* auf ihrer Internetseite hin. Lesen Sie mal nach: Es ist erschütternd, was Menschen Tieren antun!

Schließlich kam natürlich auch noch das Thema *Ein Tierschutzverein im Wandel* zur Sprache. Elke versucht Mitglieder und Besucher für den Gedanken zu gewinnen, dass es keine Tiere zweiter Klasse gibt. Die einen Tiere, die von Menschen gegessen und die anderen, die von ihnen gestreichelt werden.

Um dieses Thema den Menschen nahezubringen, finden jetzt in Nördlingen durch den *Verein Samtpfoten Katzenhilfe Ries e.V.* Veranstaltungen, wie z.B. vegane Brünche, statt. Es ist Elkes Anliegen, die Mitglieder und Besucher des Vereins zu überzeugen, wie toll und abwechslungsreich und dazu noch gesund sich jeder vegan ernähren kann. Die veganen Brünche, die inzwischen schon mehrfach stattgefunden haben, erfreuen sich regen Zuspruchs, und manch einer war überrascht, wie wunderbar die vegane Küche ist.

Der Brunch ist aber auch immer mit der Möglichkeit verbunden, sich über alle Tierrechtsthemen zu informieren. Ein reich gedeckter Bücher- und Infotisch lädt ebenso dazu ein. Dabei entwickeln sich auch immer interessante Gespräche.

Elke ist guter Hoffnung, dass die Verbindung aus Information, spannenden Gesprächen und leckerem veganen Essen und Trinken irgendwann dazu führen wird, dass der Tierrechtsgedanke in ihren Tierschutzverein Einzug halten wird. Wir drücken ihr ganz fest die Daumen!

Tierversuche – mehr statt weniger! 2012: 6 Prozent mehr Tiere Vortrag am 11.3.2014 im Tierheim Stuttgart-Botnang

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Der *Tierschutzverein Stuttgart e.V.* hatte am 11.3.2014 in seiner Vortragsreihe *Tierschutz-Treff* im Seminarraum seines Tierheims zu einem Vortrag über Tierversuche eingeladen, an dem fast 20 Personen teilnahmen. Referent war unser aktives Mitglied Alex Lunkenheimer, der sich intensiv mit dem schwierigen Thema befasst hatte und zu den folgenden Fragen Stellung bezog:

- Forschung: von wem und wofür?
- Was spricht dafür, was dagegen?
- Alternativen?
- Wer engagiert sich dagegen?

Das Ziel der Veranstaltung war, einen Einblick in die Thematik *Tierversuch* zu geben. Auf eine Fotodokumentation wurde verzichtet, da sie die Zuhörer vermutlich zu sehr emotional aufgewühlt hätte. Nach dem Vortrag, der durch Text- und Grafikfolien sehr anschaulich gestaltet wurde, folgte der Film *Tod im Labor*. Dieser war von der größten englischen Tierrechtsgruppe *Animal Aid* produziert und von den *Ärzten gegen Tierversuche* übersetzt worden. Der Referent wies darauf hin, dass das 20-minütige Video Szenen mit Tierexperimenten enthalten würde. Seinem Hinweis, dass man in dieser Zeit den Raum verlassen könne, folgte eine ZuhörerIn.

Zunächst zitierte Alex Lunkenheimer einige Zahlen aus der Versuchstierstatistik 2012 des *Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz*. Er führte Beispiele an, dass bei diesen insgesamt über drei Millionen erfassten Tieren nicht einmal alle getöteten erfasst sind. So fehlen unter anderem wirbellose Tiere wie Insekten, Schnecken usw., da Experimente mit ihnen nicht genehmigungspflichtig sind. Während bei den gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuchen seit Jahren ein Abwärtstrend zu verzeichnen ist, steigen sie in der Grundlagenforschung stark an, derzeit ma-

chen sie ein Drittel aller Tierversuche aus.

In ca. 20 Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien – angefangen vom Arzneimittel- und Chemikaliengesetz bis hin zum Tierseuchengesetz – sind Tierversuche vorgesehen. Allein hieraus geht hervor, in wie vielen Bereichen Tierversuche durchgeführt werden, die der Referent näher ausführte. Durch die EU-Chemikalien-Verordnung *REACH*, die im Juni 2007 in Kraft trat, müssen tausende alte Chemikalien – von Terpentin bis zur Textilfarbe oder zum Maschinenöl auf ihre Giftigkeit an Tieren geprüft werden, sofern keine anerkannten Alternativmethoden vorhanden sind.



Foto: W. Livaditis

Daran anknüpfend kam die Sprache auf *ZEBET*, die *Zentralstelle zur Erfassung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch* und ihre Aufgaben. Lunkenheimer erläuterte das *3R-Prinzip* (Ersatz, Reduktion, Verminderung von Schmerzen und Leiden) und führte Beispiele von tierfreien Testmethoden und Anwendungsgebieten an. Das EU-weite Aus für Tierversuche in der Kosmetik sei bisher der größte Erfolg der Tierversuchsgegner.

Im nächsten Kapitel behandelte er das Pro und Contra von Tierversuchen, in dem er am Beispiel der Insulinentdeckung einen der (weni-

gen) Erfolge in der Geschichte der Tierversuche anführte. Die erhöhten Lebenserwartungen in den Industrieländern seien jedoch vor allem auf bessere Ernährung, hygienischere Lebensbedingungen und andere verhaltens- und umweltbedingte Faktoren zurückzuführen. Viele der wichtigsten Entdeckungen und Entwicklungen im Gesundheitswesen seien klinischen Studien an menschlichen Patienten zuzuschreiben oder der Erkennung des Zusammenhangs von Ursache und Wirkung wie beispielsweise Rauchen und Krebserkrankung. Auch die Narkose, Röntgenstrahlen, die Bakteriologie, das Stethoskop, die künstliche Beatmung, Antisepsis oder Computertomogra-

fie seien ohne Tierexperimente entwickelt worden. Andererseits wurden alle Stoffe des täglichen Gebrauchs im Rahmen von Giftigkeitstests an Tieren ausprobiert, so dass wir gezwungen sind, an Tieren getestete Produkte zu essen oder zu verwenden.

Es folgten einige konkrete Beispiele von erfolgreichen Medikamenten, die ohne Tierversuche entwickelt worden sind wie der Polio-Impfstoff. Dessen In-vitro-Studien (also im Glas) wurden mit dem Nobelpreis ausgezeichnet; erst anschließend wurde die Substanz an Tieren getestet. Frühere Tierversuche hätten

sogar zu falschen Annahmen über den Infektionsweg der Krankheit und zu einer verzögerten Entwicklung des Impfstoffes geführt. Das am meisten verbreitete Schmerzmittel *Aspirin* würde heute keine Marktzulassung mehr erhalten, da es bei fast allen Tieren, darunter Hunde, Katzen, Affen, Mäusen und Ratten Missbildungen bei den Nachkommen verursacht.

Die Wirkung von vielen bekannten Stoffen ist bei Mensch und Tier häufig sehr unterschiedlich. Nur einige Beispiele: *Kortison* führt bei Mäusen zu angeborenen Missbildungen, nicht aber beim Menschen. Dagegen löste das durch viele Tierversuche als sicher angepriesene Schlafmittel *Contergan* schwerste Missbildungen bei Föten aus. *Penicillin* ist für Meerschweinchen und Hamster hochgiftig. *Insulin* verursacht angeborene Missbildungen bei Meerschweinchen, nicht aber beim Menschen. *Asbest* wurde lange als nicht krebserregend eingestuft, weil Ratten und Hamster auch unter hohen Dosen keinerlei Krebsentwicklungen zeigten.

Im Anschluss an diese Beispiele zitierte Alex Lunkenheimer einige Ärzte und Professoren, die sich gegen Tierversuche ausgesprochen haben. Zusammenfassend stellte er fest:

- Die Tierversuche haben bestenfalls in Einzelfällen geringe Erfolge gebracht, oftmals sogar Wissen verzögert (s. Asbest) und dadurch viele Menschenleben gekostet.
- Die finanzielle Förderung erfolgt sehr einseitig zugunsten von Tierversuchen.
- Mit Krankheiten verdient die Pharmaindustrie ein Vermögen.
- Tierversuche geben ein falsches Gefühl von Sicherheit. Die letzte Sicherheit, so hart das ist, kann nur im Versuch am Menschen erfolgen, auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen.
- Tierversuche beschäftigen ein Heer von Tierzüchtern, Käfigherstellern und Forschern, zu meist auf Kosten der Bevölkerung in Form von Steuergeldern (Forschung) oder Umlagen (Krankenkassen).

Als nächstes benannte der Referent einige große Versuchseinrichtungen im In- und Ausland. Durch Undercover-Recherchen sei ein teilweise grausamer Umgang mit Tieren aufgedeckt worden. Dokumentiert wird das unter anderem im später gezeigten Film *Tod im Labor*.

Als wichtigste Gegner von Tierversuchen in Deutschland stellte Lunkenheimer die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche e.V. (ÄgT)* mit ihrer medizinischen Fachkompetenz vor, auf deren Informationen er sich in seinem Vortrag wesentlich gestützt habe. Aber auch Tierrechtsorganisationen wie unser Verein und weitere Gruppen würden sich gegen Tierversuche einsetzen.

Der Begriff Tierschutz sei weit gefasst. Zur Klarstellung der unterschiedlichen Formen führte er an:

Organisationen wie der *WWF* oder *Nabu* kümmern sich satzungsgemäß um den Artenschutz, nicht jedoch um Einzeltiere oder um das Thema Tierversuche.

Tierschutzvereine, wozu die meisten Tierheime gehören, nehmen sich dagegen der Einzeltiere an, wollen sie vor Schmerzen oder Leiden schützen. Sie tolerieren jedoch die Nutzung von Tieren durch Menschen.

Tierrechtler fordern Grundrechte für Tiere und lehnen jede Form von Tiernutzung inklusive Tierversuchen ab und leben typischerweise vegan.

Anschließend stellte Alex Lunkenheimer nationale und internationale Kampagnen zur Abschaffung von Tierversuchen oder gegen einzelne Tierversuchseinrichtungen sowie Transportunternehmen von Tieren für Versuchslabore vor. Auf einige ging er – unterstützt durch Folien – detaillierter ein und schilderte ein paar Erfolge. Allerdings musste er feststellen, dass sich diese bislang leider noch in Grenzen halten.

Die wichtigsten Waffen im Kampf gegen Tierversuche würden jedoch darin liegen, die Öffentlichkeit darüber zu informieren, denn die Tierexperimentatoren würden lieber hinter verschlossenen Labortüren arbeiten und Transparenz scheuen.

Auf einer weiteren Folie zeichnete er die Quellen und Links zu seinem Vortrag. Zur weiteren Information hatte er Bücher und Zeit-

schriften mitgebracht und verwies auf die genannten Organisationen und das Internet.

Zum Schluss seines Vortrags stellte Lunkenheimer fest, dass es möglich ist, Tierversuche abzuschaffen – wenn auch nicht in kurzer Zeit. Er appellierte an die Teilnehmer, den Tieren ihre Stimme zu geben. Jeder könne dazu beitragen, Tierversuche abzuschaffen. Aber jeder, der schweigt, würde die Verantwortung tragen für das, was in den Laboren passiert. Weiter führte er aus:

„Der folgende Film zeigt einen Einblick in die grausame Welt der Versuchslabore. Solche Bilder sind nicht leicht zu ertragen. Aber die Zustände zu ignorieren heißt, sie zu akzeptieren. Wenn wir wegschauen, wird sich nichts ändern. Nur wenn wir hinsehen und das Leid ertragen, sind wir bereit, gegen Tierversuche zu kämpfen. Nur dann wird es früher oder später keine Tierexperimente mehr geben!“

Bei der anschließenden Diskussion zeigten sich die Zuschauer über die Szenen aus den Versuchslabors erschüttert. Deshalb war man sich einig, dass Tierversuche so schnell wie möglich abgeschafft und durch tierfreie Testmethoden ersetzt werden müssten. Allerdings wurde festgestellt, dass im Gegensatz dazu immer neue Tierversuchslabors gebaut und bestehende vergrößert werden. Heftig kritisiert wurden die Tübinger Primatenversuche. Es wurde erörtert, was man gegen Tierexperimente unternehmen könne. Als aktuelles Beispiel wurde auf die Kampagne gegen *Air France* hingewiesen, die als eine der letzten Fluggesellschaften Affen für Tierversuche transportiert. Großes Interesse bestand daran, wo man tierversuchsfreie Produkte, darunter Kosmetik, kaufen könne.

Alle Teilnehmer waren von dem hervorragenden Vortrag und dem Dokumentarfilm äußerst beeindruckt. Auf Grund der positiven Resonanz sind weitere Vorträge geplant. Ein Termin ist bereits am 7.12.2014 beim Vegan-Brunch des Tierrechtsvereins *ARIWA* in Aalen vorgesehen, weitere Termine sind in Vorbereitung.

Neufassung des Landesjagdgesetzes in Baden-Württemberg Tier- und Naturschützer fordern Schonzeit für den Fuchs!

Unsere Pressemitteilung vom 12.3.2014



Foto: S.+B. Pelli – fuechse.info

Im jüngst von der Landesregierung vorgestellten Entwurf für ein neues Landesjagdgesetz werden die Jagdzeiten auf die meisten Wildtiere kaum eingeschränkt. Besonders im Hinblick auf den Fuchs, der von vielen Jägern als Beutekonkurrent besonders intensiv verfolgt und derzeit ganzjährig bejagt wird, ist das vollkommen unverständlich. Der Verein Menschen für Tierrechte – Tierversuchsgegner Baden-Württemberg fordert als Mindestziel, im Rahmen der Gesetzesnovelle eine neunmonatige Schonzeit für Meister Reineke zu etablieren.

Bis auf einen kurzen Zeitraum vom 1. März bis 15. Juni, in dem Elterntiere geschützt sind, wird ganzjährig Hatz auf Meister Reineke gemacht, wobei bisher auch besonders umstrittene und in Gutachten als tierquälerisch bewertete Jagdarten wie die Baujagd oder die Fallenjagd zum Einsatz kommen.

Fuchsjagd: Unsinnige Tierquälerei

Anders als vom Landesjagdverband behauptet, kann von einer wie auch immer gearteten Notwendigkeit, Füchse zu bejagen, keine Rede sein. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass hoher Jagddruck die Geburtenraten in die Höhe schnellen lässt, wodurch auch drastische Verluste rasch ausgeglichen werden. Eindrucksvoll wurde das in den 1970er Jahren deutlich, als man Füchse zur Tollwutbekämpfung mit allen verfügbaren Mitteln bis hin zur Vergasung im Bau tötete: Nach einem Jahrzehnt erbarungsloser Fuchsvernichtung gab es nicht weniger, sondern mehr Füchse, und die Tollwut breitete sich schneller aus als je zuvor. Sie konnte erst durch tierfreundliche Impfköder besiegt werden.

Geburtenbeschränkung statt Massenelend

In jagdfreien Gebieten sinkt dagegen die Fortpflanzungsrate: Niedrigere Welpenzahlen pro Wurf und ein sinken-

der Anteil an Fuchsinnen, die sich am Fortpflanzungsgeschehen beteiligen, vermeiden Überpopulationen. Im fuchsjagdfreien *Nationalpark Bayerischer Wald* werden pro Fuchsin nur etwa ein Drittel so viele Welpen geboren wie in intensiv bejagten Gebieten. „Geburtenbeschränkung statt Massenelend“, kommentierte dies der als Fuchsexperte geltende Biologe Erik Zimen.

Vorbild Saarland

Tier- und Naturschutzorganisationen verlangen daher seit vielen Jahren die vollständige Einstellung der Fuchsbejagung, zumindest aber die Einführung einer umfassenden Schonzeit. Das Saarland ist dieser Argumentation bereits im Jahr 2010 mit dem Beschluss einer sechsmonatigen Jagdruhe gefolgt – mit besten Ergebnissen: Die Fuchsbestände sind konstant bis leicht rückläufig; negative Folgen sind nicht zu vermelden. Die von der Jägerschaft prognostizierte Bestandsexplosion blieb aus, und eine von den Jagdverbänden berichtete drastische Zunahme der Räude erwies sich als Jägerlatein: Auf Aufforderung des zuständigen Ministeriums konnten Jäger innerhalb eines halben Jahres saarlandweit gerade einmal 14 räudeverdächtige Füchse einsenden, von denen sich nur vier (!) als infiziert erwiesen.

Tierschützer fordern umfassende Schonzeit

Der Verein *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg* fordert daher die Landesregierung auf, den vorliegenden Gesetzesentwurf an die biologische Faktanlage und Anforderungen des Tierschutzes anzupassen und eine mindestens neunmonatige Schonzeit für Füchse – von Beginn der Paarungszeit Anfang Januar bis zur vollständigen Selbständigkeit der Welpen Ende September – festzuschreiben. Zudem müssen die Bau- und die Fallenjagd als besonders tierquälerische Formen der Jagd vollständig untersagt und die Ausbildung von Jagdhunden an gefangenen Füchsen in sogenannten Schließanlagen verboten werden.

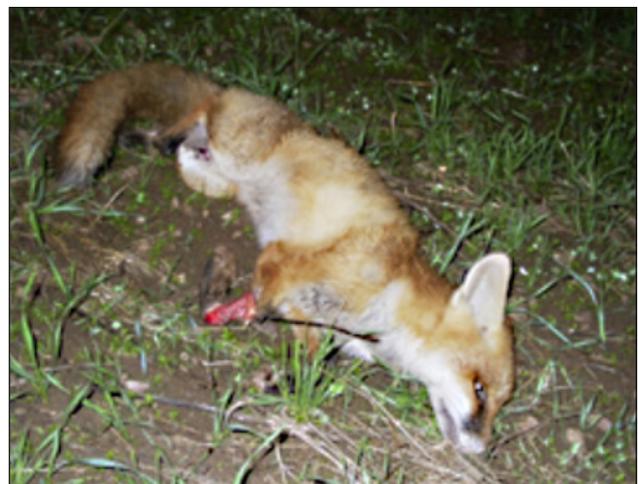


Foto: J. Brunke – fuechse.info

Langfristig bleibt das Ziel des Vereins *Menschen für Tierrechte – Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.* die vollständige Abschaffung der Hobbyjagd.

Weiterführende Informationen:

- Website der *Menschen für Tierrechte Baden-Württemberg*: www.tierrechte-bw.de
- [fuechse.info](http://www.fuechse.info) – Die umfassendste deutschsprachige

Infoseite über den Rotfuchs:

www.fuechse.info

- Initiative Schonzeit für Füchse: www.schonzeit-fuer-fuechse.de
- Detaillierte Erläuterungen sowie Literaturnachweise: Füchse im Fadenkreuz: Über Sinn und Unsinn der Fuchsjagd: http://www.fuechse.info/index.php?navTarget=artikel_texte/fadenkreuz.html

Paradigmenwechsel bei Tierversuchen? Förderung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch in Baden-Württemberg

Unsere Pressemitteilung vom 17.3.2014

Vor der Landtagswahl versprachen die *Grünen* ausdrücklich, die Tierversuchszahlen in Baden-Württemberg um jährlich 10% zu senken und insbesondere die Versuche an Primaten in Tübingen innerhalb eines festgesetzten Zeitrahmens zu beenden. Im grün-roten Koalitionsvertrag wurde jedoch lediglich vereinbart, „die Zahl der Tierversuche im Land zu verringern und die Entwicklung von Alternativmethoden besser zu fördern.“ Mit dieser allgemeinen Formulierung blieb die Regierungskoalition beträchtlich hinter dem ursprünglichen Wahlversprechen der *Grünen* zurück.

Sinkende Tierversuchszahlen – Trendwende in Sicht?

Bisheriges Fazit: Die Versuchstierzahlen sind im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr zwar um ca. 6 % von 583.004 auf 544.275 Tiere gesunken, jedoch noch immer erschreckend hoch. Damit ist Baden-Württemberg zwar bundesweit nicht mehr Spitzenreiter im Verbrauch von Versuchstieren, belegt hinter Nordrhein Westfalen aber noch Platz zwei der Negativ-Rangliste im Ländervergleich.

Forschungsförderung Alternativmethoden

Die Forschungsförderung für Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch wurde durch die neue Landesregierung von 300.000 Euro auf 400.000 Euro erhöht, der Forschungspreis blieb mit 25.000 Euro jährlich konstant. Vor wenigen Tagen wurde bekanntgegeben, dass beide Etats in diesem Jahr für zukunftsweisende, herausragende Leistungen fortgeführt werden. Die eingereichten Projekte müssen der Erforschung folgender Ziele dienen:

- Ersatz von Tierversuchen (Replacement)
- Verminderung der Tierzahl (Reduction)
- Verminderung von Leiden, Schmerzen oder Schäden (Refinement)
- Verbesserung der Haltungsbedingungen (Enrichment).

Mit dem Förderpreis können auch Projekte zur praktischen Umsetzung bereits entwickelter Alternativmethoden sowie Arbeiten zur ethischen Bewertung von Tierversuchen ausgezeichnet werden.

Tierversuche – unverzichtbar? Oder nutzlos und unethisch?

Aus Sicht der Tierversuchsgegner ist es zwar durchaus lobenswert, dass es diesen Fördertopf in Baden-Württemberg gibt. Angesichts der Summen, die in die tierexperimentelle Forschung fließen, ist dieser allerdings viel zu klein, um tatsächlich den Trend zu immer mehr Tierversuchen, vor allem in der Grundlagenforschung, aufzuhalten. Das Ziel, nämlich die endgültige Abschaffung der Tierversuche, wie es auch die Tierversuchrichtlinie der EU nachdrücklich fordert, kann nur durch alternative Forschungs- und Behandlungsmethoden erreicht werden. Reduzierte Tierzahlen, Belastungsminde- rung und Haltungsverbesserungen verringern zwar das Leid der betroffenen Tiere, zementieren letztlich aber die Forschung an Tieren.

Enttäuschung bereitet vor allem die grüne Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, die Tierversuche noch immer als unverzichtbar bezeichnet. Dabei wird die Kritik an der Methode Tierversuch auch von wissenschaftlicher Seite zunehmend lauter. Die Forschung am „Tiermodell“ löste bisher weder ihre hochfliegenden Heilversprechen ein, noch ist sie aus ethischer Sicht weiterhin zu legitimieren. Immer mehr Pharmafirmen setzen denn auch auf tierversuchsfreie Forschungs- und Testmethoden, die effektivere, schnellere und preiswertere Voraussagen für den Menschen ergeben als Ergebnisse aus Tierexperimenten.

Von einem Paradigmenwechsel in punkto Tierversuche ist man nach Meinung der Tierrechtler auch unter einer grün-rot geführten Landesregierung in Baden-Württemberg noch weit entfernt. Der Verein appelliert deshalb an die Landesregierung, bei der Auswahl der diesjährigen Förderprojekte in erster Linie Forschungsvorhaben zu finanzieren, die ausdrücklich darauf abzielen, Tierversuche tatsächlich zu beenden oder zumindest den Tierverbrauch drastisch einzuschränken, anstatt nur die Versuchsbedingungen zu "verbessern".

Ausschreibungen unter:

<http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/>

[Forschungsfoerderung_Alternativmethoden/130093.html](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Forschungsfoerderung_Alternativmethoden/130093.html)

<http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/>

[Forschungspreis_Alternativmethoden/130094.html](http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Forschungspreis_Alternativmethoden/130094.html)

Anschreiben an alle Abgeordneten in Baden-Württemberg zur Novellierung des Jagdgesetzes

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE – Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.



27.3.2014

Folgen der Jagd – Zum Entwurf des künftigen Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

sicherlich war hinsichtlich des Tierschutzes auch von einer *grün-roten* Landesregierung keine radikale Kehrtwende in Sachen Jagd zu erwarten. Dennoch haben die Ankündigungen, ein modernes „Wildtiermanagementgesetz“ zu schaffen, große Hoffnungen bei Tier- und Naturschutzverbänden geweckt. Aus dem nun vorliegenden Referentenentwurf geht allerdings klar hervor, dass die Neufassung des Landesjagdgesetzes in erster Linie die Jäger begünstigen wird. Von einigen wenigen Verbesserungen abgesehen, werden die Tiere auch weiterhin das Nachsehen haben. Dabei belegen zahlreiche wissenschaftliche Studien, dass die Jagd häufig nicht nur ihr erklärtes Ziel verfehlt, sondern sogar mehr Probleme verursacht als sie zu lösen vorgibt. Informationen hierzu sowie zu unseren Mindestforderungen finden Sie im Anhang.

Bedauerlicherweise wurde und wird auch die Diskussion um das neue Jagdrecht aus einer überwiegend anthropozentrischen Perspektive geführt, ungeachtet der Tatsache, dass das Dogma der biologischen und moralischen Sonderstellung des Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten aufgrund neurobiologischer und kognitions-wissenschaftlicher Erkenntnisse stark ins Wanken geraten ist. Geist und Bewusstsein sind offenbar lange vor dem Auftauchen des Homo sapiens im Tierreich entstanden. Säugetiere, Vögel und auch Fische verfügen über ein komplexes Gefühls- und Sozialleben sowie über erstaunliche geistige Fähigkeiten. Auch unsere moralischen Empfindungen beruhen auf Voraussetzungen, die im Tierreich entstanden sind: Empathie, Fürsorge, die Entwicklung sozialer Spielregeln, Bindung und Freundschaft, Konfliktlösung und gegenseitige Hilfe, Gerechtigkeitssinn und Fairness sind keine exklusiv menschlichen „Tugenden“, sondern auch bei vielen Tieren zu finden.

Es ist höchste Zeit, unser Verhältnis zu unseren Mitgeschöpfen grundlegend neu zu bestimmen. Trotz der Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz verweigern wir Tieren nach wie vor die elementarsten Rechte. Noch immer werden existenzielle tierliche Bedürfnisse vergleichsweise banalen menschlichen Nutzungsinteressen untergeordnet. Das gilt aus unserer Sicht auch für die geplante Neufassung des baden-württembergischen Jagdgesetzes. Es sind zwar einige Änderungen im Hinblick auf mehr Tier- und Naturschutz vorgesehen, ein echter Paradigmenwechsel ist jedoch auch im jetzt vorliegenden Entwurf nicht zu erkennen.

Wir appellieren deshalb an die Landesregierung und Abgeordneten des Landtages: Verspielen Sie nicht die historische Chance, in Baden-Württemberg ein Jagdgesetz zu verabschieden, das tatsächlich diejenigen nachhaltig schützt, die zuallererst und am tiefgreifendsten – nämlich buchstäblich an Leib und Leben – davon betroffen sind: die Tiere.

Mit freundlichen Grüßen
Marie-Luise Strewé (Vorsitzende)

Es gibt keinen objektiven Grund für die Annahme, dass menschliche Interessen wichtiger seien als tierische.
(Bertrand Russell)

Die wahre menschliche Güte kann sich in ihrer absoluten Reinheit und Freiheit nur denen gegenüber äußern, die keine Kraft darstellen. Die wahre moralische Prüfung der Menschheit, die elementare Prüfung (die so tief in unserem Innern verankert ist, dass sie sich unserem Blick entzieht) äußert sich in der Beziehung der Menschen zu denen, die ihnen ausgeliefert sind: zu den Tieren. (Milan Kundera: Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins, 1984)

Weitere Pressemitteilungen

Zu den aktuellen Zeitungsberichten zur Novellierung des Jagdgesetzes, bei denen sich vor allem Jäger vehement zu Wort meldeten, verfassten wir zwei Pressemitteilungen, um unsere Gegenargumente vorzubringen:

31.3.2014: Jagdgesetzentwurf: Halbherzig und inkonsequent

MENSCHEN FÜR TIERRECHTE legen Forderungskatalog für die Überarbeitung des Gesetzentwurfs vor.

12.5.2014: Novellierung des Landesjagdgesetzes: SPD-Abgeordnete sabotieren Natur- und Tierschutz.

Infostand Stuttgart, Königstraße, 12.4.2014

Themen: Tierversuche und tierfreie Methoden, Vegetarismus/Veganismus, „Nutz“tierhaltung, Verbraucherinformationen und Jagd
 Unterschriftensammlung zur Abschaffung von Tierversuchen, für den Schutz von Straßenhunden sowie zur Katzenkastriation



1. Reihe von rechts: Saskia Habel, Geli Burkhart
 2. Reihe: Geli Burkhart
 3. Reihe: Dagmar Oest

1. Reihe von rechts: Ingrid Schneider, Dagmar Oest
 2. Reihe rechts: Xenia Hoffmann
 3. Reihe rechts: Ingrid Schneider

Fotos: I. Livaditis

Tierversuche müssen europaweit drastisch reduziert werden!

Unsere Pressemitteilung vom 23.4.2014

Anlässlich des *Internationalen Tags zur Abschaffung der Tierversuche*, der jährlich weltweit am 24. April begangen wird, fordert der Landesverband *Menschen für Tierrechte – Tierversuchsgegner Baden-Württemberg e.V.* gemeinsam mit der *Europäischen Koalition zur Beendigung von Tierversuchen (ECEAE)* eine einschneidende Reduzierung der Tierversuche. Die Tierversuchsgegner appellieren deshalb nachdrücklich an die Wählerinnen und Wähler, bei der Europawahl am 25. Mai 2014 nur denjenigen Abgeordneten ihre Stimme zu geben, denen der Tierschutz ein zentrales Anliegen ist.

Die wichtigsten Forderungen

In den 27 Mitgliedstaaten der EU werden jährlich über 11 Millionen Tiere in Tierversuchen eingesetzt und getötet. Mit über 3 Millionen verbrauchten Tieren belegt Deutschland nach Frankreich Platz zwei der EU-weiten Negativ-Rangliste. Die 2010 verabschiedete Tierversuchsrichtlinie der EU fordert jedoch nachdrücklich, Verfahren mit lebenden Tieren für wissenschaftliche Zwecke und Bildungszwecke vollständig zu ersetzen. Um diesem Ziel endlich näherzukommen, muss die EU in der bevorstehenden Legislaturperiode eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen umsetzen, unter anderem:

- ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsprodukte und deren Inhaltsstoffe, wie es für Kosmetik bereits besteht
- ein Verbot von Versuchen, die mit schweren Schmerzen, Leiden und Schäden einhergehen, unabhängig von Dauer und Versuchsziel
- ein angemessener Förderetat für tierversuchsfreie Forschung

- die Reduzierung und letztlich Abschaffung der Tierversuche in Europa

Die Position der Parteien

Erste Auswertungen der Wahlprogramme ergaben, dass weder die *Europäische Volkspartei* (mit *CDU* und *CSU*) und die *Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)* noch die *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)*, der die *FDP* angehört, bislang ein Konzept zur Beendigung der Tierversuche vorlegen. Dagegen streben die *Europäische Grüne Partei (EGP)* und die *Europäische Linke (EL)* einen vollständigen Ersatz der tierexperimentellen Forschung durch tierversuchsfreie Methoden an. Die *Grünen* setzen sich außerdem für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsprodukte ein, während die *Linken* ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände in der EU fordern. Auch die Partei *Mensch, Tier, Umwelt (Tierschutzpartei)* und die *ÖDP* sehen umfangreiche tierschutzrelevante Maßnahmen vor, unter anderem ein sofortiges Verbot aller Tierversuche.

Das Schicksal der Tiere in Europas Versuchslabors hängt maßgeblich vom Ausgang der Europawahl ab. Die *Menschen für Tierrechte* bitten die Bürger des Landes deshalb eindringlich, am 25. Mai die Chance zu nutzen, ein tierfreundlicheres Europa ohne Tierversuche zu verwirklichen.

Der *Internationale Tag zur Abschaffung der Tierversuche* wurde erstmals 1979 begangen und macht weltweit auf das Leid der Tiere in den Labors aufmerksam. Er geht auf den Geburtstag von Lord Hugh Dowding (24. April 1882) zurück, der sich im Britischen Oberhaus für den Tierschutz und die Abschaffung von Tierversuchen einsetzte.

Der Vegan Street Day am 8.6.2014 in Stuttgart

Marie-Luise Strewe, Vorsitzende

Bei tollem Sommerwetter mit Temperaturen über 30 Grad kamen auch dieses Jahr wieder rund 10.000 Besucher zum 5. *Vegan Street Day-Fest* auf den Stuttgarter Markt- und Schillerplatz, das wie bisher von *Animal Rights Watch e.V. (ARIWA)* organisiert wurde. Insgesamt beteiligten sich ca. hundert Produktaussteller und Tierrechtsorganisationen an der Veranstaltung. Unser Verein war zwar

mit einem eigenen Infostand nicht vertreten; Mitglieder halfen jedoch bei befreundeten Organisationen mit.

Es wurde ein sehr umfangreiches Programm präsentiert.

An den Ess-Ständen konnten viele vegane Köstlichkeiten, von Döner über Pizza bis hin zu Kuchen und Eis, ausprobiert werden. Darüber hinaus wurden auf der Showbühne mehrere Kochshows mit dem veganen Koch Björn Moschinski und der Kochbuchautorin Katharina

Bretsch sowie den Rohköstlerinnen Christine Volm und Kirstin Knuffmann geboten.

Wie schon in den Jahren zuvor stand an diesem Pfingstsonntag nicht nur das Essen im Mittelpunkt. Die Palette veganer Angebote ging weit darüber hinaus. Neben verschiedenen Textilien aus Hanf oder Baumwolle, bei denen auf alle tierischen Produkte verzichtet wurde, gab es vegane Putzmittel, tierversuchsfreie Kosmetik und noch vieles andere zu

sehen und zu kaufen.

Auch die Unterhaltung kam nicht zu kurz. Ein buntes Programm mit Akrobatik- und Kraftsporteinlagen, das unter anderem vom veganen Strongman Patrik Baboumian moderiert wurde, begeisterte die zahlreichen Besucher.



Patrik Baboumian (links) und Björn Moschinski

Lifemusik boten *Nadine Fingerhut*, *Daniel Hughes & The Swing Bohemian Orchestra*, *Gab de La Vega* und die Rap-Ikone *Albino*, dessen nachdenkliche Texte viele Menschen berührten.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde dieses Jahr auf den Aktivismus gelegt. Welche Auswirkungen

der immense Konsum von Tierprodukten, eine auf Tierexperimenten basierende medizinische Forschung und die Haltung von Wildtieren in Zoos auf die betroffenen Tiere hat, und welche Möglichkeiten des Widerstands es dagegen gibt, legten namhafte Redner und Rednerinnen in Vorträgen und Diskussionen dar:

So informierte beispielsweise Silke Bitz, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Pressesprecherin des Vereins *Ärzte gegen Tierversuche e.V.*, über Fakten und Argumente gegen Tierversuche sowie über tierversuchsfreie Forschungsmethoden und gab Hinweise, wie jeder Einzelne zur Abschaffung der Tierversuche beitragen kann.

Der Tierrechtler und Zookritiker Frank Albrecht von *EndZOO*, der im Laufe der Jahre etliche Skandale über den Zoo-Tierhandel und unwürdige Haltungsbedingungen in deutschen Zoos aufdeckte, ging in seinem Vortrag auf aktuelle Zoothemen ein.

Anschließend referierte Friedrich Mülln von der *SOKO Tiererschutz* über 20 Jahre Tierrechtsaktivismus.

Ria Rehberg vom Verein *Animal Equality e.V.* erläuterte in ihrem Vor-

trag Strategien und Techniken, die TierrechtlerInnen helfen können, einen Bewusstseinswandel bei anderen Menschen herbeizuführen und sie von einer tierschonenden veganen Lebensweise zu überzeugen.

Der österreichische Künstler, Buchautor und Aktivist Chris Moser las aus seinen Büchern, in denen er über die politische Verantwortung von Kunst, über Aktivismus und Repression schreibt. Er war mit neun weiteren AktivistInnen als angeblich „militanter Tierrechtsaktivist“ angeklagt und wie alle anderen Beschuldigten freigesprochen worden.

Beim abschließenden Podiumsgespräch diskutierten die Philosophin Dr. Friederike Schmitz, der Autor Matthias Rude und Chris Moser über das Thema *Tierbefreiung in Theorie und Praxis*.

Auch für die Kleinen war gesorgt worden: Für sie gab es ein betreutes Kinderprogramm, unter anderem mit Kinderschminken und Hüpfburg.

Es war erneut eine rundum gelungene Veranstaltung, die sicherlich auch Nicht-Veganer zum Nachdenken und hoffentlich zum Umstieg auf eine pflanzliche Ernährung inspiriert hat.



Fotos: Holger Strehlow

Infostand Stuttgart, Königstraße, 21.6.2014

Die Medien haben in letzter Zeit erfreulicherweise des Öfteren das Thema vegane Ernährung aufgegriffen, wobei nicht zuletzt der für viele Menschen bedeutsame Gesundheitsaspekt herausgestellt wurde. Durch die fast immer sehr positive Berichterstattung stieg bei der Bevölkerung das Interesse an dieser tier- und umweltfreundlichen Lebensweise enorm an. Zugleich stellten wir fest, dass in den von unserem Verein gesponserten Schülerbibliotheken in Göppingen die Kochbücher mit veganen Gerichten der Renner sind.

Diesen Trend wollen wir nutzen. Wir beschlossen,

künftig bei unseren Infoständen einige der attraktivsten veganen Kochbücher auszulegen.

Weiterführende Flugblätter und Broschüren zu diesem Thema sowie zur „Nutz“tierhaltung, zu Tiertransporten, zum aktuellen Thema Jagd, zu Tierversuchen und tierfreien Testmethoden ergänzte zusammen mit einigen DVDs unser Informationsmaterial.

Unterschriftenlisten lagen zu folgenden Tierschutzproblemen aus: zur Abschaffung von Tierversuchen und zur Förderung tierfreier Testmethoden, für den Schutz von Straßenhunden sowie zur Katzenkastration.



1. Reihe von links: Saskia Habel, Ingeborg Livaditis
 2. Reihe rechts: Sarah Feesenmayr
 3. Reihe von links: Xenia Hoffmann, Geli Burkhart

1. Reihe von rechts: Geli Burkhart, Saskia Habel
 2. Reihe von rechts: Xenia Hoffmann, Geli Burkhart

Fotos: W. Livaditis

Radiosendung unserer AG Schwäbisch Hall bei St(h)örfunk: Einladung zum 3. Schwäbisch Haller Umweltfest am 30.8.2014

Beate Häberle und Markus Sieker,
AG Schwäbisch Hall

In unserer Sendung vom 23.6.2014 machten wir auf das von unserer Aktionsgruppe geplante *Schwäbisch Haller Umweltfest* aufmerksam. Wir haben dazu Tier- und Menschenrechtsorganisationen sowie Umweltgruppen eingeladen, um interessierte Besucher über deren Ideen und Ziele zu informieren und sie für eine Mitarbeit zu begeistern. In der Sendung stellten wir die Vereine und das Programm vor. Bei allen Teilnehmern wurde kurz auf den Verein beziehungsweise die Gruppe eingegangen, ihre Aktionen vorgestellt und dann auf die speziellen Infostände oder das Essensangebot beim Umweltfest hingewiesen.

Studiogäste waren:

die Betreiber des Imbissstandes *Veggers*, Chila und Richard
Mitglieder des *Freundeskreises Asyl* sowie
des *Freundeskreises Afrika*

Per Telefon zugeschaltet war:

Elli, die das Kinderprogramm „Schmetterlinge basteln“ leitet

Da nicht alle Organisationen am Tag der Radiosendung zur Verfügung standen, haben wir über die übrigen selbst berichtet:

ARIWA – Animal Rights Watch
Schüler für Tiere
3. Welt-Laden

Bruna – veganes Eis aus Winterbach sowie
die Musikgruppe *Guilty*

Die Veranstaltung findet in Schwäbisch Hall im *Hospitalhof*, Spitalbach 8, von 10 - 17 Uhr statt.

An den Informationsständen erhalten Sie auch in diesem Jahr umfassend Auskunft über die Arbeiten dieser Organisationen sowie über unseren Verein:

- ◆ Gegen die Zerstörung der Erde
- ◆ Für eine Welt in Frieden und Freiheit
- ◆ Gegen Ausbeutung und Unterdrückung von Tier und Mensch
- ◆ Für Gerechtigkeit im Umgang mit allen Lebewesen dieser Erde und für den Erhalt unserer Umwelt
- ◆ Für den Erfolg der positiven Auswirkungen gesunder Ernährung auf Klima- und Umweltschutz
- ◆ Tier- und Menschenrechte

Den ganzen Tag über gibt es das Kinderprogramm: *Schmetterlingsaktion: Wir basteln bunte Schmetterlinge*. Für veganes Essen und Getränke ist reichlich gesorgt. Diesmal gibt es unseren Sommerhit: *Veganes Eis*. Peter Wassenhofen von der Band *GUILTY* sorgt für Unterhaltung vom Feinsten.

Bitte beachten Sie hierzu auch unsere Titelseite.

Richtigstellung: In unserer Ausgabe 1/2014 berichteten wir über die Sendung vom 28.10.2013 mit dem Titel *Freiheit und Karotten* für alle. Vorgestellt wurde dabei der *Tierrechtshof Große Freiheit*. Bei der redaktionellen Überarbeitung ist uns leider ein Fehler unterlaufen: Clarissa und Manuela sind keine Schwestern, sondern sie sind verpartnert. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Unsere Facebook-Seite

Auf unseren Facebook-Seiten, die von Vorstandsmitglied Dagmar Oest betreut werden, finden Sie die neuesten Nachrichten und Petitionen zum Tierschutz sowie Fotos und Videos zu Tierschutzthemen. Aber auch für Unterhaltung ist gesorgt mit hübschen oder lustigen Tierbildern und -videos sowie Tiergeschichten. Besuchen Sie uns doch einmal unter www.facebook.com/tvgbw?ref=ts wie unsere ca. 5.900 anderen Facebook-Nutzer. Vielleicht zählen dann auch Sie zu unseren ständigen Freunden.

Bericht zur Mitgliederversammlung am 28.6.2014

Wie in den vergangenen Jahren fand auch die diesjährige Mitgliederversammlung in Stuttgart statt. Der Einladung waren 12 stimmberechtigte Mitglieder und zwei Gäste gefolgt. Entschuldigt waren die Schatzmeisterin Marina Förster und die AG-Leiterinnen Ursula Stierle und Uta Kolb. Nach der Begrüßung verlas die Vorsitzende Marie-Luise Strewé die Tagesordnungspunkte, die einstimmig angenommen wurden. Anträge lagen nicht vor. Im Mittelpunkt standen die angekündigte Satzungsänderung und der Vortrag unseres Mitglieds Dr. Eisenhart von Loeper: *Tierschutz-Verbandsklage – eine Herausforderung*.

Bericht des Vorstands und der AG-Leiterinnen



Marie-Luise Strewé
Foto: privat

Die Vorsitzende gab bekannt, dass seit 14.10.2013 Jutta Argiropoulos als neue Geschäftsstellenleiterin (in Nachfolge von Eva Gatz) beschäftigt ist. Dr. Petra Erbes legte ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende am 27.02.2014 nieder. Für ihren vakanten Posten wurde keine Neuwahl angesetzt, weil bisher ein/e geeignete/r Kandidat/in nicht zur Verfügung steht und der Vorstand weiterhin geschäftsfähig besetzt ist.

Anschließend berichteten die Vorstandsmitglieder sowie die AG-Leiterinnen Anita Renner und Sarah Feesenmayr kurz von ihren Vereinsaktivitäten, über die wir bereits in unserer Vereinszeitschrift *TIER-SCHUTZ AKTUELL* regelmäßig informiert hatten.

Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstands

Stellvertretend für die erkrankte Schatzmeisterin Marina Förster ver-

las Ingeborg Livaditis den Kassenbericht, der aufgrund einer Erbschaft erfreulich positiv ausfiel. Nach dem Bericht der Kassenprüfer Alex Lunkenheimer und Siegfried Bosch, die eine ordnungsgemäße und übersichtliche Buchführung feststellten, erfolgte die einstimmige Entlastung des Vorstands bei eigener Enthaltung. Die Vorsitzende dankte an dieser Stelle allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für ihr Engagement.

Satzungsänderungen

Die im letzten *TIER-SCHUTZ AKTUELL* angekündigten und teilweise vom Finanzamt Stuttgart geforderten Satzungsänderungen wurden von den Vereinsmitgliedern diskutiert und einstimmig angenommen:

§ 3 Zweck und Zielsetzung

Abs. 1 wird vorschlagsgemäß wie folgt ergänzt: *Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.* (Durch diese Ergänzung entfällt in unserer bisherigen Satzung im 2. Satz: „Er ist selbstlos tätig“)

§ 8 Vorstand

Der Vorschlag zu § 3 Abs. 6 (entgeltliche Beschäftigung von Vorstandsmitgliedern) wird mit folgendem Wortlaut (vorbehaltlich der Genehmigung durch das Finanzamt) in § 8 Vorstand integriert und um Abs. 8 ergänzt: *Die Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, können aber darüber hinaus für den Verein in vertraglich regeltem Umfang auch entgeltliche Leistungen erbringen.*

§ 12 Auflösung des Vereins

In Abs. 2 (Vereinsvermögen) entfällt wie vorgeschlagen der zweite Satz: *Die Mitgliederversammlung kann auch eine andere gemeinnützige Organisation des Tierschutzes bestimmen, die es ausschließlich und un-mittelbar für Zwecke des Tierschutzes zu verwenden hat.*

Abs. 2 lautet nunmehr: *Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vereinsvermögen an Menschen für*

Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V., der es un-mittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 5 Mitgliedsbeiträge

Gemäß Abs. 1 beschloss die Mitgliederversammlung wie vorgeschlagen eine *Erhöhung der Mitgliedsbeiträge für Einzelpersonen von bisher 26 € auf 30 € und für Ehepaare von bisher 31 € auf 35 €.* Der ermäßigte Betrag für *Rentner, Schüler, Studenten, Auszubildende und Arbeitslose beträgt weiterhin jeweils mindestens die Hälfte.* Die Änderung tritt ab 1.1.2015 in Kraft.

Einführung des Verbandsklagerechts

Abschluss und Höhepunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung bildete der überaus interessante Vortrag unseres Vereinsmitglieds und bundesweit hoch angesehenen Juristen für Tierschutzrecht, Dr. Eisenhart von Loeper.

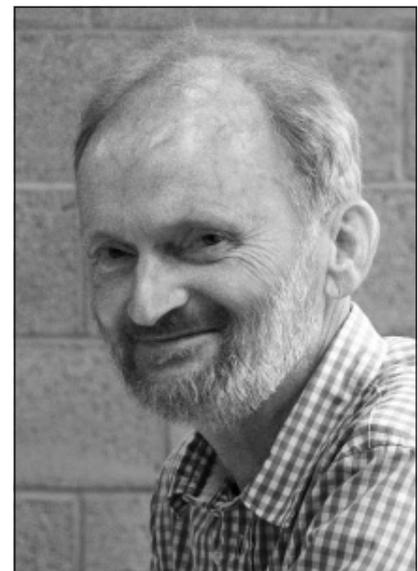


Foto: W. Livaditis

Er führte aus, dass das Verbandsklagerecht eine notwendige Konsequenz aus dem 2002 eingeführten Staatsziel Tierschutz sei und endlich eine „Treuhänderstellung für Tiere“ und damit die Chancengleichheit von Tierschützern und Tiernutzern schaffe. Mit dem Klagerecht könne die

Anwendung bestehender Gesetze erreicht, Gesetzesänderungen vorangebracht und ein Beitrag zur gesellschaftlichen Bewusstseinsveränderung durch Offenlegung der Verhältnisse im Umgang mit Tieren geleistet werden. Anerkannte Vereine können künftig vor den Verwaltungsgerichten z.B. die Rechtmäßigkeit bestimmter Praktiken (wie etwa das Schnabelkürzen oder das betäubungslose Schächten), die Genehmigung neuer Mastanlagen oder bestimmter Tierversuchsvorhaben von den Verwaltungsgerichten überprüfen lassen bzw. anfechten. Im Streitfall könne der klagende Tierschutzverband selbst Beweisangebote stellen, Gutachter einbeziehen und Rechtsmittel, wie die Berufung und Revision, einlegen. Darüber hinaus habe das Klagerrecht

vorbeugende Wirkung, denn schon im Vorfeld von tierschutzrelevanten Vorhaben hätten die Tierschutzverbände zahlreiche Mitwirkungspflichten, Informationsrechte und Einwendungsmöglichkeiten, um die gesetzlichen Anforderungen in vollem Umfang einzufordern.

Der Referent betonte, dass unser Verband alle Voraussetzungen erfüllen würde, um als klageberechtigter Tierschutzverband anerkannt zu werden. Die Mitgliederversammlung fasste daher folgenden Grundsatzbeschluss:

1. Die geplante Einführung des Tierschutz-Verbandsklagerichts in Baden-Württemberg wird nachhaltig begrüßt.

2. Der Landesverband MENSCHEN FÜR TIERRECHTE – Tierversuchs-

gegner Baden Württemberg e.V. soll sich konstruktiv bei der Konstituierung des Klagerichts einbringen und nach Inkrafttreten des Gesetzes seine Anerkennung als klagefähiger Tierschutzverband in Baden-Württemberg beantragen.

3. Der Vorstand wird beauftragt, jetzt schon möglichst kompetente Partner für die Realisierung der Mitwirkungs- und Klagerichte zu suchen und die Erfahrungen aus NRW in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband zu nutzen.

Die offizielle Versammlung endete gegen 14.00 Uhr. Nach einem gemeinsamen veganen Imbiss und angeregten Gesprächen fand anschließend eine zweistündige Sitzung der Vorstandsmitglieder statt.

Private Aktionen mit großer Wirkung

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Gelegentlich berichten uns Mitglieder von ihren erfolgreichen Eigeninitiativen. Einige Beispiele stellen wir als Anregung vor:

Restaurants

In vielen Gourmet-Restaurants stehen noch immer tierquälerische Gerichte wie Stopfleber, Hummer, Garnelen, Krebse oder Froschschenkel auf der Speisekarte. Einige TierrechtlerInnen machten die Geschäftsleitungen in kurzen, höflichen Briefen auf die grausame Gewinnung dieser „Delikatessen“ aufmerksam und kündigten den Boykott der Gasthäuser an, solange diese Produkte noch auf der Speisekarte stünden. Ein Vereinsmitglied reagierte auf die „Hummer-Aktion“ eines Möbelhaus-Restaurants und wies auf die schreckliche Haltung der Krustentiere und ihren minutenlangen Todeskampf in kochendem Wasser hin. Das Möbelzentrum bedankte sich für diesen Hinweis und gab dem Restaurantbetreiber Anweisung, zukünftig keine derartigen Aktionen mehr einzuplanen. Ähnlich reagierte ein Restaurant, das nach einem informativen Brief die Stopfleber aus dem Angebot nahm. Ein Denkanstoß für Gast-

wirte mit „gutbürgerlicher“ (fleischlastiger) Küche könnte zum Beispiel auch die Nachfrage nach einem vegetarischen oder besser noch veganen Gericht sein.

Die Reaktionen auf solche Hinweise sind natürlich unterschiedlich. Von Absagen oder ausbleibenden Reaktionen sollte man sich jedoch nicht entmutigen lassen. Vielleicht hat man beim nächsten Mal Erfolg.

Schulunterricht

Bitten Sie als Eltern darum, dass in der Klasse ihres Kindes eine Tierschutz-AG oder Projekttag zum Tierschutz eingerichtet werden. Über die sehr engagierte Lehrerin Jasmin Föll und ihre Erfolge bei Schülerwettbewerben zum Tierschutz berichteten wir schon mehrfach in unserer Zeitschrift. Von ihr stammt auch der folgende nette Beitrag:

Eine ihrer früheren Schülerinnen, Julia, 12 Jahre, die mit ihren Eltern in die Schweiz gezogen ist, erhält von Frau Föll unser *TIER-SCHUTZ AKTUELL* zugesandt. Ein Bericht über die Kaninchenhaltung in engen Ställen ging dem Mädchen nicht mehr aus dem Sinn. Da sie Tiere liebt, „nervt“ sie nun die ganze Familie: Keiner sollte mehr Fleisch essen.

Tierheime/Gnadenhöfe

Wie in unserem Artikel über den Verein *Samtpfoten Katzenhilfe Ries* vermerkt, werden in etlichen Tierheimen und Gnadenhöfen beim *Tag der offenen Tür* noch immer Würstchen angeboten, obwohl es dort vielleicht sogar ein Kalb oder Schwein gibt, das vor dem Metzger gerettet wurde.

Jasmin Föll hat zu einem solchen Gnadenhof seit vielen Jahren Kontakt, da dort auch von ihr und ihren Schülern gerettete Tiere untergebracht sind. Endlich hat sie mit einem erneuten Brief, in dem sie auf das zwiespältige Verhalten hingewiesen hatte, erreicht, dass dieses Jahr erstmals keine Fleischprodukte mehr angeboten werden.

Leserbriefe

Wenn diese abgedruckt werden, können je nach Auflage der Zeitung/Zeitschrift viele Menschen die Meinung eines Tierschützers lesen und werden vielleicht zum Nachdenken angeregt. Für die Medien bedeuten Leserbriefe, dass an den jeweiligen Themen großes Interesse besteht.

Finden Sie nicht, dass das tolle Erfolge sind? Diese Beispiele sollen auch Sie ermutigen, in ähnlichen Fällen aktiv zu werden.

Veröffentlichte Leserbriefe unserer Aktiven

Hinterhalte sofort abbauen

Auch Elke Paus, Maria-Viktoria-Straße 37 in Baden-Baden, schickte einen Leserbrief zu diesem Thema:

Obwohl ich alles andere als eine Anhängerin der Jägerlobby bin, so ist es in diesem Fall zu begrüßen, dass Tierschützer und Jäger bei dem geplanten Projekt von Saufrängen im hiesigen Stadtwald ausnahmsweise einmal gemeinsamen Widerstand leisten! Es ist bekannt, dass Schweine von jeher mit ihrem Namen für alles Hässliche und Verwerfliche der Menschheit erhalten und in den Dreck gezogen werden. Da gibt es die „feigen Säue“, die „dummen Säue“, die „gesengten Säue“, die „faulen Säue“, die „fiesen Säue“ und noch viele weitere Pseudonyme für unsere hoch entwickelten Säuetiere, die dem Menschen laut Aussage von Wissenschaftlern mit 98 Prozent am nächsten stehen!

Vor allem sind es jedoch gänzlich „arme Säue“, die ein zumeist grausames Schicksal ereilt. Als sei es nicht grausam genug, dass Schweine in barbarischen Fabriken der Massentierhaltung dahinvegetieren müssen, dass sie in engen Tiertransportern zu den Schlachthöfen dieser Welt gekarrt und dort aufgrund mangelhafter Betäubung im Akkord nicht selten bei lebendigem Leibe zerteilt werden, so hat sich das städtische Forstamt unter der Leitung von Forstamtsleiter Thomas Hauck nun noch ein weiteres saumäßiges „Schlanker!“ einfallen lassen: In bereits aufgestellten Saufrängen sollen Wildschweine hinterhältig und zahlreich abgeknallt werden! Dass es dabei zu „regelrechten Tragödien in solchen Fängen“ kommen wird, weiß selbst der Präsident des Landesjagdverbandes Bayern zu berichten. Eine solche Sauerei ist mit dem geltenden Tierschutzgesetz und ethischen Grundsätzen unvereinbar und völlig unakzeptabel! Deshalb appelliere ich an die Verantwortlichen dieses saumäßigen Vorhabens, das unsägliche Projekt „Saufränge“ unverzüglich dem Reißwolf zuzuführen und zeitgleich den Abbau der heimtückischen Hinterhalte in die Wege zu leiten!

Hätten Schlachter Glaswände

Betr.: Serie „Vegan leben“

Zunächst möchte ich der Redaktion danken, dass sie sich dieses Themas so ausführlich angenommen hat. Ein kleiner Hinweis noch zur Äußerung der Ernährungsfachfrau, Vegetarier/Veganer würden durch ihren Sojakonsum Regenwälder zerstören: Bio-Soja kommt hauptsächlich von Feldern aus Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich, aber auch aus Kanada, China und Brasilien (jedoch nicht aus Regenwaldgebieten). Leider kam auch der Aspekt, dass der überwiegende Teil der konventionellen Sojaproduktion wiederum der Tierfutterherstellung dient, nicht zur Sprache. Denn das bedeutet ja, dass die Produktion von Fleisch gleich zweimal Fläche auf unserem so geschundenen Planeten verbraucht: zuerst für den Anbau von Sojafuttermitteln und anschließend für die Hiernit zu fütternden Tiere. Die beschriebenen Fakten müssen jeden Fleischesser wenigstens zum Nachdenken anregen, zumal ein schlechtes Gewissen beim Fleischkauf gar nichts ist im Vergleich zu dem, was Millionen Tiere Tag für Tag erleiden müssen. Aber all das passiert ja in abgeschirmten Riesenställen und hinter den Mauern der Schlachthöfe: Wer tut sich das schon an, dort hineinzuschauen? „Hätten Schlachthäuser Glaswände, gäbe es noch viel mehr Vegetarier“ – diesem Zitat Paul McCartneys wird wohl niemand ernsthaft widersprechen können.

Susanne Danese, Winnenden

↑ *Waiblinger Kreiszeitung*, 27.2.2014

Anmerkung:

In der Überschrift ist der Zeitung beim Abdruck ein Fehler passiert. Richtig heißen muss es natürlich:

Hätten Schlachthöfe Glaswände

Unverkramptere Sicht

Grundsätzlich gebe ich Herrn Pollmer Recht, dass wir unsere Ernährung viel unverkrampter sehen sollten. Von Kalorien zählen und den abenteuerlichsten Diäten halte ich auch nichts. Doch für vegane oder vegetarische Ernährung sprechen die Fakten zur Umweltbelastung. Massentierhaltung, Tiertransporte, Antibiotika kommen in seinem Artikel leider nicht vor. Zwischen Kasteiung und Maßlosigkeit gibt es eine große Bandbreite. Ich ernähre mich seit über 20 Jahren vegetarisch und hatte noch nie das Gefühl, auf etwas zu verzichten. Ein gesundes Maß an Disziplin und Verstand ist sicher die richtige Mischung für unsere Gesundheit und eine vernünftige Ernährung.

INGRID BÖLL, STUTTGART

↑ *Sonntag Aktuell*, 20.4.2014

← *Badisches Tagblatt*, 5.4.2014

ZUM LESERBRIEF „DOPPELMORAL BEI TIERSCHUTZ, ÖKOLOGIE“ VOM 3. MAI

Deutungshoheit steht Jägern nicht mehr zu

Die Entrüstung Ralf Königs über die vorgesehene Jagdreform ist aus meiner Sicht reichlich scheinheilig. Der Gesetzentwurf kommt den Vorgaben der Jägerschaft nämlich weit mehr entgegen als den Forderungen des Tier- und Naturschutzes. Hier einige Beispiele:

Allgemeine Wildruhe vom 15. Februar bis 15. April: In diesem Zeitraum durften schon bisher die allermeisten der jagdbaren Wildtierarten aufgrund der Schonzeitenregelungen nicht oder nur eingeschränkt bejagt werden. Nötig wäre hingegen eine viel längere Ruhezeit, um den Tieren vor allem in der Fortpflanzungszeit eine Erholungspause von dem permanent ausgeübten Druck durch die Jägerschaft zu verschaffen.

Liste der jagdbaren Arten: Die meisten Arten dürfen weiterhin wie bisher getötet werden, obwohl es in vielen Fällen keine vernünftigen Gründe dafür gibt. Das gilt insbesondere für die Bejagung von Beutegreifern wie auch für den Abschuss von Rabenvögeln.

Wildtierfütterung: Einer Pressemitteilung des Deutschen Jagdschutz-Verbandes zufolge, füttern Jäger sowieso nur in absoluten Notzeiten. Nicht viel anderes sieht der Gesetzentwurf vor. Auch die Kirmung bleibt weiter erlaubt. Im Übrigen ist sicher auch Ralf König bekannt, dass Rehwild aufgrund seiner physiologischen Anpassungsfähigkeit selbst unter klimatisch weitaus ungünstigeren Bedingungen als hierzulande ohne jede Fütterung überlebt – zum Beispiel in Skandinavien.

Fallen- und Baujagd: Auch hier sind nur halbherzige Änderungen vorgesehen. Weiterhin erlaubt bleiben die Baujagd auf Füchse am Kunstbau und der Einsatz von Lebendfangfallen.

Fazit: Das Halali auf die dringend notwendige Reformierung des Jagdrechts beweist nichts, außer der völligen Unfähigkeit der Jägerschaft, zu begreifen, dass ihr die alleinige Deutungshoheit über die Jagd längst nicht mehr zusteht.

MARIE-LUISE STREWE, LENNINGEN

↑ *Der Teckbote*, 16.5.2014

Landesbeirat für Tierschutz

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

In der Sitzung des *Landesbeirats für Tierschutz* vom 13.3.2014 informierte Ministerialdirektor Wolfgang Reimer zunächst über ein Projekt der Landesregierung sowie die Umsetzung von Beschlüssen aus der letzten Sitzung.

Projekt „Perspektiven der Nutztierhaltung“

In verschiedenen Arbeitsgruppen sollen zukunftsfähige Rahmenbedingungen für einen verbesserten Tierschutz für Rinder, Schweine und Geflügel unter Berücksichtigung sowohl von Ökologie als auch Ökonomie erarbeitet werden. Die Ergebnisse sollen in die Förderpolitik des Landes einfließen.

Novellierung des Landesjagdgesetzes

Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Nach den Beratungen der Regierungsfractionen und des Kabinetts ist im zweiten Halbjahr eine Anhörung vorgesehen. Das Gesetz wird voraussichtlich zum 1.4.2015 in Kraft treten.

Auffangstation für exotische Tiere

An der letzten Sitzung wurde von Tierschützern eine private Auffangstation in Baden-Württemberg genannt. Eine Überprüfung der Einrichtung ergab, dass diese jedoch nur über eine sehr begrenzte Kapazität verfügt.

Alternativmethoden zum Tierversuch

Die Ausschreibungen des Forschungsförderprogramms und des Forschungspreises 2014, der dieses Jahr erstmalig bundesweit vergeben wird, erfolgte Anfang März und wurde auf der Homepage des Ministeriums eingestellt. (Wir informierten darüber noch kurzfristig in unserer letzten Ausgabe.)

Verwendung von Tieren im Studium

Nach dem Beschluss des Landesbeirats vom 24.10.2013 sollte mit dem zuständigen *Ministerium für Wissenschaft und Kultur* abgeklärt werden, für welche Studiengänge Tierversuche unabdingbar sind. Nach umfangreichen Diskussionen wurde folgender Beschluss gefasst:

Der *Landesbeirat für Tierschutz* bittet die Landesregierung, Universitäten und anderen akademischen Ausbildungsstätten zu empfehlen,

1. dafür Sorge zu tragen, dass für die entsprechenden Studiengänge keine Tiere ausschließlich für den Einsatz in Lehrveranstaltungen gezüchtet, gehalten und getötet werden, sondern stattdessen auf Tiere zurückzugreifen ist, die aus anderen Gründen getötet werden. Die Anzeigepflicht wird davon nicht berührt.
2. im Rahmen von Bachelor-Studiengängen auf Tierversuche im Sinne von § 7 Abs. 1 Tierschutzgesetz zu verzichten.
3. bei neu einzurichtenden Studiengängen frühzeitig auf Ebene der Landesregierung zu erörtern, inwieweit der Einsatz von Tieren vermeidbar ist.
4. ein tierverbrauchsfreies Grundstudium zu ermöglichen.

Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass Anzeigen von Tierversuchen zu Lehrzwecken von der Genehmigungsbehörde jederzeit zur Beratung der Kommission nach § 15 Tierschutzgesetz vorgelegt werden können.

Des Weiteren wurde die Herausgabe einer Pressemitteilung zu diesem Thema vereinbart, die wir im Anschluss des Berichts abdrucken.

Förderprogramm Tierheime

Im Jahr 2013 konnten sieben Projekte mit insgesamt 335.000 Euro gefördert werden; seit 2010 wurden für 38 Tierheime insgesamt rund 1,7 Mil-

lionen Euro bewilligt. Die Tierschutzorganisationen begrüßten diese Fördermaßnahmen. In einem später behandelten Antrag wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es bei der Vergabepraxis und der Auszahlung mitunter zu Schwierigkeiten kommt. Das Ministerium klärte die anstehenden Fragen in der Sitzung. Es wurde jedoch um eine schriftliche Mitteilung gebeten, wie der Verwaltungsablauf beim Antragsverfahren zur Tierheimförderung erfolgt.

EU-Richtlinienvorschläge zum Klonen

Das Ministerium informierte über den aktuellen Vorschlag der EU. Die EU-Kommission sieht zunächst für das Klonen und Inverkehrbringen von landwirtschaftlich gehaltenen Tieren fünf Jahre Verbot vor. Das soll ebenso für das Inverkehrbringen und die Einfuhr von Lebensmitteln von Klontieren und ihren Nachkommen gelten; zumindest sollen Nahrungsmittel entsprechend gekennzeichnet werden. Der Bundesrat verabschiedete am 14.2.2014 darüber hinausreichende Verbote und Regelungen, die in die Beratungen einfließen sollen.

Änderung des Tierschutzgesetzes

Das neue Tierschutzgesetz trat am 13.7.2013 in Kraft. In die Nutztierhaltungsverordnung vom 5.2.2014 wurde die Haltung von Kaninchen eingefügt, die am 10.8.2014 mit Übergangsfristen bis 10.2.2019 bzw. mit erhöhtem Flächenbedarf am 10.2.2026 in Kraft tritt. Derzeit finden zur Umsetzung des neu gefassten § 11 insbesondere zur neu aufgenommenen Erlaubnispflicht für gewerbsmäßige Hundezucht Beratungen auf Bund-Länder-Ebene statt.

Verbandsklagerecht

Derzeit wird ein Entwurf auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen erarbeitet und mit den ent-

sprechenden Ressorts abgestimmt.

Katzenschutz- Zuständigkeitsverordnung für Baden-Württemberg

Die Umsetzung der am 11.12.2013 in Kraft getretenen Verordnung stieß bei Tierschutzorganisationen auf Kritik. Sie würde an die Kommunen und Gemeinden zu hohe Anforderungen stellen, weshalb eine Nachbesserung erforderlich sei.

Das Ministerium gab zu diesem Thema am 4.4.2014 eine Pressemitteilung heraus mit der Überschrift: *Landesbeirat für Tierschutz setzt sich für weitere konkrete Verbesserungen bei der unkontrollierten Vermehrung von Katzen ein.* Aus Sicht der Tierschutzorganisationen sei für die Betreuung und Kastration freilebender Katzen eine größere, auch finanzielle Unterstützung dringend erforderlich. *„Der Beirat appelliert an die Kommunen und die Veterinärämter der Kreisbehörden, jetzt die Tierschutzvereine in ihren Bemühungen um einen effektiven Katzenschutz maßgeblich zu unterstützen.“*

Verwertung von Eintagsküken

Die Landestierschutzbeauftragte Dr. Cornelia Jäger berichtete über die Verwertung von Eintagsküken. In Großbetrieben werden sie mit CO₂ betäubt und getötet und an Großhändler als Futtertiere (u.a. für Zoos) geliefert. Dr. Jäger wird die PowerPoint-Präsentation auf ihre Homepage einstellen unter:

http://mlr.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mlr/intern/SLT_2014-Marz-13_Maennliche-Huehnerkueken.pdf

Tiertransporte

2013 wurden wie die Jahre zuvor im Frühjahr und Herbst jeweils fünf Wochen lang Schwerpunktkontrollen in Zusammenarbeit mit Veterinärbehörden und der Polizei durchgeführt. Das Ministerium legte hierzu eine Aufstellung über die Ergebnisse der Kontrollen vor. Gemäß einem zuvor eingegangenen Antrag wurde das Ministerium gebeten, das Innenministerium zu bitten,

1. die mit Straßenkontrollen beauftragten Beamten der Polizei auf tier-

schutzrelevante Aspekte bei Transporten gezielt zu schulen und regelmäßig weiterzubilden,
2. ganzjährig durchgehend mehr Tiertransportkontrollen durchführen zu lassen und insbesondere auch verstärkt auf Heimtiertransporte in Kleintransportern zu achten.

Welpentransporte

Unter Hinweis auf einen konkreten Fall sowie auf mehrere Presseberichte zum (illegalen) Welpenhandel wurde das Ministerium darum gebeten,

1. die beteiligten Behörden weiter auf die besondere Problematik solcher Welpentransporte hinzuweisen,
2. gemeinsam mit der *Stabsstelle Landesbeauftragte für Tierschutz* Überlegungen zu einer Aufklärungskampagne auszuarbeiten, damit mögliche Hundekäufer im Hinblick auf die mit solchen Transporten zusammenhängenden Problemen sensibilisiert werden.

Lehrgang zum Abschuss von Kormoranen für Teichwirte und Berufsfischer

Laut einer Meldung in *Der Jäger in Baden-Württemberg* sollen nach erfolgreichem Abschluss dieses Kurses die Teilnehmer *auf ihrem Betriebsgelände Kormorane vergrämen*, d.h. abschießen dürfen. In einem Antrag wurde das Landwirtschaftsministerium hierzu um eine Stellungnahme gebeten.

Nach den Ausführungen des Jagdreferats und anschließender Diskussion bat der *Landesbeirat* das Ministerium,

1. das Innenministerium um einen Bericht zu bitten, der eine anzahlmäßige Übersicht über bisher erteilte waffenrechtliche Genehmigungen/Bescheinigungen gibt,
2. das Innenministerium zu bitten, auf die Waffenbehörden dahingehend einzuwirken, bei der Erteilung der waffenrechtlichen Erlaubnis sehr sensibel vorzugehen und die Voraussetzung für die Erteilung der Erlaubnis streng zu prüfen.

Umstellung auf Gruppenhaltung bei Sauen

Laut EU-Recht sind seit dem 1.1.2013

alle Sauen vier Wochen nach dem Decken bis eine Woche vor dem Abferkeln in Gruppen zu halten. Die Umstellung verlief zunächst zögerlich, so dass Deutschland – wie ebenfalls andere Mitgliedstaaten – seitens der EU ein Verfahren wegen Nichteinhaltung der Vorschriften angekündigt worden war. Laut Landwirtschaftsministerium konnte die Umstellung jedoch zum 31.12.2013 zu 99,2 Prozent erfolgen.

Auch in Baden-Württemberg konnte sie nach anfänglichen Verzögerungen erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Umstellung wurden den Sauenhaltern umfassende Beratungen angeboten sowie finanzielle Fördermöglichkeiten genannt. Dennoch hat sie zu einer erheblichen Reduzierung der Zahl der Sauenbestände geführt.

Eierkennzeichnung

Produkte mit verarbeiteten Eiern müssen bislang nicht mit einem Vermerk auf die Haltungssysteme der Legehennen versehen werden. Die Kennzeichnungspflicht besteht bislang EU-weit nur für rohe Schalen-eier der Güteklasse A. Die von Deutschland aufgestellte Forderung nach lückenloser Kennzeichnung war auf EU-Ebene bislang nicht mehrheitsfähig, weshalb die Bundesregierung derzeit eine nationale Regelung ablehnt. Auf Grund der Forderungen von Tierschutz- und Verbraucherorganisationen hat die Lebensmittelindustrie jedoch teilweise mit einer freiwilligen Kennzeichnung reagiert.

In der Diskussion wiesen wir auf die Initiative „*Käfig-frei*“ der *Albert Schweitzer Stiftung* hin. Die Kampagne wird von 15 Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen, darunter von uns, getragen und hat bereits beachtliche Erfolge erzielen können. Im Internet sind unter dem Link <http://albert-schweitzer-stiftung.de/kampagnen/kaefigfrei> alle Firmen und Produkte gelistet, die keine Käfigeier mehr verwenden.

Das Ministerium wurde vom Landesbeirat gebeten, sich verstärkt für eine freiwillige Kennzeichnung einschließlich des Herkunftslands einzusetzen und in einem zweiten Schritt erneut anzustreben, diese verbindlich zu verankern.

In Zukunft weniger Tierverbrauch in wissenschaftlicher Lehre

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg

Pressemitteilung vom 22.5.2014 Nr. 99/2014

Der Landestierschutzbeirat war sich in seiner letzten Sitzung im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz einig, dass es dringend geboten wäre, verstärkte Anstrengungen zur weiteren Reduzierung der Verwendung von Tieren in der wissenschaftlichen Lehre zu unternehmen.

Auf Tierversuche im Sinne von § 7 Absatz 1 des Tierschutzgesetzes solle im Rahmen von Bachelor-Studiengängen verzichtet werden. Dem Wunsch von Studierenden, ein tierfreies Grundstudium absolvieren

zu können, solle ohne Nachteile für den Studienabschluss entsprochen werden.

Die Lehrstätten sollten besonders dafür Sorge tragen, dass dort, wo die Verwendung von Tieren in der Lehre noch nicht verzichtbar ist, keine Tiere speziell für diesen Zweck gezüchtet oder erworben werden, sondern dass Tiere verwendet werden, die aus anderen Gründen getötet werden müssen.

Hintergrundinformationen:

Die Beschlüsse des *Landesbeirats für Tierschutz* sind auf der Homepage des *Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz* unter http://www.mlr.baden-wuerttemberg.de/Landesbeirat_fuer_Tierschutz/22431.html abrufbar.

Ethik-Hochschulranking: Ein Projekt von SATIS – für humane Ausbildung Referat bei den Grünen in Baden-Württemberg

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Unser Bundesverband *Menschen für Tierrechte* setzt sich seit vielen Jahren für den Einsatz von tierversuchsfreien Lehrmethoden an deutschen Hochschulen ein. 2011 veröffentlichte er die Ergebnisse seines ersten *Ethik-Hochschulrankings*. Erhoben wurde, an welchen Hochschulen und in welchen Studienfächern der Biologie, Human- und Tiermedizin noch immer Tiere statt alternativer Lehrmaterialien eingesetzt werden. Das Ergebnis: Studieren ohne Tierverbrauch war in Deutschland kaum möglich, die meisten Studierenden mussten wohl oder übel auch für sie belastende Tierexperimente durchführen.

2012 wurde das Ranking um den Studiengang *Ernährungswissenschaften* erweitert. Das *Ethik-Hochschulranking* hatte u.a. dazu geführt, dass an der Universität Mainz ein tiereinsatzfreier Parallelkurs für Studenten angeboten wurde, die aus ethischen Gründen kein Tierexperiment durchführen wollten.

Wie unser Bundesverband mitteilte, wurde Anfang 2014 eine stichpunktartige Neu-Befragung im Studium der Humanmedizin durchgeführt und mit den Angaben aus 2011 verglichen. *Bilanz: Die Kurse mit*

Tiereinsatz gehen zwar leicht zurück, dennoch gibt es von den 35 Universitäten noch immer mindestens 11 mit Säugetierverbrauch. Obgleich die Studenten lernen sollen, kranke Menschen zu behandeln, wird vielerorts nach wie vor am Einsatz und Sezieren von Ratten, Mäusen, vereinzelt Fröschen und Wirbellosen festgehalten.

Doch das deutsche Tierschutzgesetz und die EU-Tierversuchsrichtlinie schreiben vor, dass der Einsatz von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken oder zu Bildungszwecken nur dann erwogen werden sollte, wenn es keine tierversuchsfreie Möglichkeit gibt. Für die entsprechenden Anatomie- und Physiologiekurse ist jedoch Etlliches vorhanden: Dazu zählen Computer-Simulationsprogramme, filmische Darstellungen, Probandeneinsatz, Plastinate sowie auch – analog der menschlichen Körperspende – Spendertiere.

Zwecks Recherche stehen den Lehrenden dazu umfangreiche Datenbanken zur Verfügung.

Auf Einladung der *Grünen* Baden-Württemberg hielt Anfang März 2014 die Projektleiterin von *SATIS* und *InVitroJobs* beim Bundesverband, Dr. Christiane Hohensee, ein Referat zum *Tierverbrauch im Studium*.

Sie informierte über den derzeitigen Stand an den Universitäten einschließlich der neuesten Umfrageaktualisierung sowie über die verschiedenen tierversuchsfreien Lehrmittel. Zu den Teilnehmern gehörten neben vielen anderen die Landestierschutzbeauftragte Baden-Württembergs, Dr. Cornelia Jäger, Matthias Gastel MdB von Bündnis 90/die Grünen sowie die Landesvorsitzende der Grünen Baden-Württemberg, Theka Walker. Die Veranstaltung war insgesamt gut besucht.



Foto: Dr. Christiane Hohensee

Zitate aus: Newsletter *Tierrechte* vom 6.6.2014

Tierschutzpolitisches Treffen mit Reinhold Pix MdL

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Laut Einladungsschreiben zum Treffen am 27.5.2014 sollte der Schwerpunkt dieses Mal auf die Themen und Anregungen der Teilnehmer gelegt werden, nachdem dieser Teil bei der letzten Gesprächsrunde zu kurz gekommen war.

Problem Tauben

Astrid Suchanek schilderte das Elend der Stadtauben, über das wir in unserer Ausgabe 2/2012 bereits ausführlich berichtet haben. Sie kritisierte die Fütterungsverbote, die Tauben dem Hungertod ausliefern und Taubenfütterer kriminalisierten. Die Tierrechtlerin forderte zudem ein Verbot des Tauben„sports“. Sie bat um Unterstützung ihrer Petition, die ihre Argumente näher erläutert:

http://www.petitionen24.com/taubenfuetterungsverbote_aufheben_taubensport_verbieten#form

Die Taubenschutzbeauftragte des Stuttgarter Tierschutzvereins, Silvie Brucklacher-Gunzenhäuser, legte die Situation in Stuttgart dar, wonach ca. 20 Taubenhäuser erforderlich seien. Sie berichtete von einer Vogeliebhaberinnen, die sich ein Recht auf Taubenfüttern erstreiten wollte (deren Klage jedoch Ende Mai vom Verwaltungsgericht Stuttgart abgeschmettert wurde). Als Ausweg schlägt sie ausgewiesene Futterplätze vor.

Die Landestierschutzbeauftragte Dr. Cornelia Jäger verwies auf die Empfehlungen des *Landesbeirats für Tierschutz* 2005, die heute noch Gültigkeit haben. Mit ihnen könne man auf die Kommunen zugehen. Als positives Beispiel nannte sie die Stadt Esslingen. Ziel aller Maßnahmen müsse die Schaffung und dauerhafte Erhaltung eines gesunden und an die örtlichen Gegebenheiten angepassten Taubenbestandes sein.

Als wichtigste Maßnahmen wurden vorgeschlagen:

1. Kontrollierte Fütterung
2. Bau weiterer Taubenhäuser mit Austausch der Eier beim Bebrüten
3. Bekämpfung des Müllaufkommens,

besonders von Speiseresten.

Kriterien für den Tierschutzpreis

Ein Tierrechtler bemängelte, dass der Tierschutzpreis auch an Landwirte mit Nutztierhaltung vergeben würde; das sei doch dann ein „Tierhalterpreis“. Er berichtete über ein Projekt zur Wildrettung an einer Autobahn. Der sogenannte Duftzaun mit Mensch-Luchs-Wolfs-Geruch hätte an einer Verbindungsbrücke im Umkreis von 5-6 m die bisher hohen Wildunfallzahlen völlig verhindert. Trotz mehrfacher Nominierung sei das Projekt nicht ausgezeichnet worden.

Frau Dr. Jäger erläuterte die Kriterien der Findungskommission, wollte zu diesem Einzelfall jedoch keine Interna nennen.

(Anm. Red.: Seit Beginn der Ausschreibung des Tierschutzpreises wird auch die besonders tiergerechte Haltung im landwirtschaftlichen Bereich ausgezeichnet, um positive Beispiele aufzuzeigen und somit Anregungen zu einer verbesserten Tierhaltung zu geben.)

Gänse- und Entenstopfleber bei der Messe *Plaza Culinaria*

Das Anliegen einer Tierschützerin ist, dass die „Qualpastete“ an der *Kulinarischen Erlebnis- und Verkaufsmesse* vom 7. bis 9.11.2014 in Freiburg aufgelistet wird. Die Produktion von Stopfleber ist in Deutschland und 13 weiteren europäischen Ländern zwar verboten, der Import jedoch weiterhin erlaubt.

Es wurde vereinbart, dass das Büro des tierschutzpolitischen Sprechers der *Grünen*, Reinhold Pix, gemeinsam mit der Initiatorin einen Appell an die Messeveranstalter formuliert, der dann gemeinsam von den anwesenden Organisationen unterzeichnet wird. Nach Möglichkeit soll auch der *Slow Food*-Verband oder auch der Verband *DEHOGA* eingebunden werden.

Marina Slany vom Verein *Pro Tierrechte Hochrhein* berichtete, dass sie und weitere TierschützerInnen auf badischen Märkten mit franzö-

sischen Anbietern von Stopfleberpasteten erfolgreich Mahnwachen abgehalten hätten.

Berichte aus dem Landtag von Reinhold Pix MdL:

Neues Programm für

Agrarumweltmaßnahmen *FAKT*

Der Abgeordnete informierte über einen erfreulichen Fortschritt in Baden-Württemberg. Das Land förderte seit 1992 unter dem Namen *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich (MEKA)* die Einführung und Beibehaltung einer umweltgerechten Landwirtschaft. Unter der *grün-roten* Landesregierung sei das Programm erfolgreich zum *Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT)* weiterentwickelt worden. Die neuen Maßnahmen werden stärker an Vorgaben für Umwelt- und Klimaschutz sowie am Tierwohl ausgerichtet.

Aktueller Stand zum *Jagd- und Wildtiermanagementgesetz*

Die Anhörungsphase im Onlineportal des Landes sowie der Verbände, zu denen erstmals Natur- und Tierschutzverbände gehören, wurde Mitte Mai abgeschlossen. Nach Auswertung und Prüfung der Eingaben wird ein überarbeiteter Gesetzentwurf vorgelegt, der nach Kabinettsbeschluss im Herbst in den Landtag eingebracht wird. Von den erreichten wesentlichen Anliegen des Tierschutzes (Totschlagfallen, Baujagd, Haustierabschuss, Wildruhe, Fütterungsverbot) soll jedoch nicht mehr abgewichen werden.

Expertengespräch *Aktive Auswilderung des Luchses in Baden-Württemberg*

Reinhold Pix setzt sich seit Jahren für die Auswilderung des Luchses in Baden-Württemberg ein, um die Entwicklung des Bestands in Mitteleuropa zu stützen. Zur Konkretisierung dieses Ziels lud der Arbeitskreis *Ländlicher Raum und Verbraucherschutz* der Fraktion *GRÜNE* im Juli 2014 Experten aus verschiede-

nen Regionen zum Gespräch in den Landtag ein.

Freiwillige Kennzeichnung der Herkunft von verarbeiteten Eiern

(s. auch vorigen Bericht zum *Landestierschutzbeirat*)

Nahrungsmittel mit Ei oder Eierbestandteilen müssen nicht mit einem Herkunftshinweis versehen sein, wovon dreiviertel aller Eier betroffen sind. Diese Gesetzeslücke führte dazu, dass viele Lebensmittelhersteller billigere Eier von Hühnern aus Käfighaltung, sogar aus China, importieren.

Die *Grünen* sind sich einig, dass eine eindeutige Eierkennzeichnung notwendig ist. Baden-Württemberg

hat deshalb auf der Verbraucherschutzkonferenz der Länder im Mai 2014 eine Initiative für mehr Transparenz bei Eierprodukten maßgeblich angestoßen. Die Bundesregierung wird gebeten, in Brüssel darauf hinzuwirken, dass Ausnahmen von der Eier-Kennzeichnungspflicht im EU-Recht gestrichen werden. Damit kann der grenzüberschreitende Handel wirksam kontrolliert und das Verbringen nicht rechtskonform erzeugter Eier erschwert werden.

Es verwundert nicht, dass die Geflügelwirtschaft Baden-Württembergs dem Vorschlag aufgeschlossen gegenübersteht, leidet sie doch unter dem starken ausländischen Konkurrenzdruck.

Aktueller Stand des Gesetzentwurfs zur Einführung des Verbandsklagerechts

Der Gesetzentwurf sollte voraussichtlich im Juli 2014 zur sechswöchigen Anhörung freigegeben und die betroffenen Verbände mit Bitte um Stellungnahme formal angeschrieben werden. Der Abgeordnete Pix hofft, dass das Gesetz noch in diesem Jahr in Kraft treten wird.

Beschluss des Tierschutzbeirats zur Tierverwendung in der wissenschaftlichen Lehre

Zum Schluss informierte Pix über den Beschluss des *Landestierschutzbeirats* zur Verwendung von Tieren in der wissenschaftlichen Lehre.

< Tierschutzpolitik der Bundesregierung >

Illegaler Welpenhandel: Gesetzesänderung soll Welpenmafia stoppen

Marie-Luise Strewe, Vorsitzende

Dubiose Hundezüchter und -händler wollen mit minimalem Einsatz möglichst viel Geld verdienen. Sie locken Kunden mit „Schnäppchenpreisen“, denn Rassewelpen sind teuer. Was der Käufer nicht ahnt: Diese Hunde stammen aus miesen Massenzuchten, in denen Hundemütter als „Gebärmaschinen“ gehalten werden. Ihre Jungen werden meist zu früh von ihnen weggenommen. Die Papiere sind gefälscht, die Welpen sind oft schwach und krank. Aus dem Billigangebot wird so ein teurer Kauf.

Auf Initiative von Christian Schmidt (*CDU*), Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, tagte im Mai ein Runder Tisch, um vorhandene Erkenntnisse über den illegalen Hundehandel zusammenzutragen und mögliche Maßnahmen gegen die Welpenmafia zu erörtern. Teilgenommen hatten unter anderem Vertreter aus Politik und Verwaltung, von Tierschutzverbänden und Vollzugsbehörden, dem Zoofachhandel

und Zuchtverbänden.

Eine verbesserte Aufklärung der Hundekäufer und ein stärkerer Austausch von Verbänden, Behörden und Politik soll den illegalen Machenschaften der überwiegend aus dem europäischen Ausland stammenden Welpenhändler entgegenwirken. Zusätzlich soll nach Vorstellung des *Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL)* eine Erweiterung der sogenannten Erlaubnispflicht ab dem 1. August 2014 die Zahl der illegalen Welpenimporte eindämmen:

Genehmigungspflichtige Tätigkeiten nach § 11 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 5 Tierschutzgesetz ab 1.8.2014

1. Verbringen oder Einführen von Wirbeltieren, die nicht Nutztiere sind, in das Inland zum Zwecke der Abgabe gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung.

2. Vermitteln der Abgabe solcher Tiere, die in das Inland verbracht oder eingeführt werden sollen oder worden sind, gegen Entgelt oder eine sonstige Gegenleistung.

(Quelle: *BMEL*, Pressemitteilung Nr. 127 vom 30.5.2014)

Von den nunmehr ab 1.8.2014 in Kraft getretenen Änderungen erwarten Tierschutzverbände und Opposition keine große Wirkung. Kritisiert wird u.a., dass die dubiosen Händler sich von den laxen neuen Vorschriften kaum abschrecken lassen. Außerdem fehle eine EU-weite Registrierungs- und Chip-Pflicht für alle Hunde, damit nachvollzogen werden könne, woher ein Tier stammt. Diese gibt es zwar bereits in einigen Bundesländern. Zu einer bundesweiten Regelung konnte sich die Bundesregierung jedoch nicht durchringen, da das Registrierungsverfahren nicht fälschungssicher und zudem der bürokratische Aufwand zu hoch sei.

Weitere Änderungen betreffen die Mindestqualitätsstandards für Heimtiere, behördliche Genehmigungen für professionelle Hundeausbilder und Informationspflicht für Zoohändler über Haltung und Bedürfnisse eines Tiers bei Verkauf.

TTIP – Negative Folgen für den Tierschutz in Europa zu befürchten

Marie-Luise Strewe, Vorsitzende

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)* zwischen der EU und den USA, das die größte Freihandelszone der Welt schaffen würde, macht seit geraumer Zeit Negativ-Schlagzeilen in allen Medien. Allein die Tatsache, dass die seit 2013 laufenden Verhandlungen unter Ausschluss sowohl der Öffentlichkeit als auch der nationalen Parlamente und des EU-Parlaments geführt werden, lässt nichts Gutes ahnen. In den vergangenen Monaten sind Dokumente an die Öffentlichkeit durchgesickert, aus denen hervorgeht, was von *TTIP* zu erwarten ist. Das sind unter anderem:

- die Einschränkung staatlicher Souveränität zugunsten der Rechte international agierender Konzerne durch Investitionsschutzklauseln. Diese würden Konzernen ermöglichen, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn politische Entscheidungen ihre erwarteten Gewinne schmälern.
- die Aushöhlung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen durch geheime außerparlamentarische Regelungen und eine außerstaatliche, nicht öffentliche Gerichtsbarkeit (Schiedsstellen).
- weitere Privatisierungen auf Kosten der Allgemeinheit z.B. bei Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung,
- die Schwächung des Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutzes.

Das Abkommen könnte dabei auch ein erhebliches Risiko für den Tierschutz bedeuten. Es droht die Gefahr, dass die sowieso zu laschen euro-

päischen Tierschutz-Regelungen von US-Mindeststandards unterlaufen werden und der europäische Markt für noch mehr Billig-Erzeugnisse aus tierschutzwidrigen Haltungs-, Fütterungs- und Schlachtbedingungen geöffnet wird. So werden in den USA Legehennen noch immer vorwiegend in Batteriekäfigen mit einer Fläche von 350-400 cm² pro Huhn gehalten, während diese in der EU seit dem 1.1.2012 verboten sind. Während in Deutschland die Behandlung von Geflügel mit einer Chlormischung zur Desinfektion bislang nicht zugelassen ist, sind „Chlorhühner“ in den USA gängige Praxis.



Foto: Soylent Network

Wichtige Reformvorhaben der EU bzw. einzelner Mitgliedstaaten beispielsweise bei der „Nutz“tierhaltung und bei Tierversuchen könnten durch übermächtige Wirtschaftsakteure torpediert werden. (Ratten und Mäuse sind z.B. in den USA vom Tierschutzgesetz ausgenommen, die Tierschutz-Kampagnen für ein Verbot von Tierversuchen für Kosmetika sind noch am Laufen.)

Der ausgelöste Konkurrenz- und Preiskampf bei Lebensmitteln würde darüber hinaus den ohnehin bestehenden Druck zu Betriebsvergrößerungen und Intensivtierhaltung auf

beiden Seiten des Atlantiks noch verstärken; naturschonend und tierwohlorientiert wirtschaftende Bauernhöfe wären massenweise zur Aufgabe gezwungen, die Agrarindustrie würde dagegen noch mehr Macht erhalten.

Deshalb muss sich die EU unbedingt das Recht vorbehalten, Tierschutzvorgaben weiterhin erhöhen zu können. Sonst droht ein Stillstand des Tierschutzes auf niedrigem Niveau.

Bitte fordern auch Sie einen Verhandlungsstopp über das *TTIP*-Abkommen. Hier können Sie Online unterschreiben: <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/>

Europäische Bürgerinitiative Stop TTIP

Vor kurzem hat eine europäische Bürgerinitiative (*EBI*) mit knapp 150 beteiligten Organisationen gegen *TTIP* sowie das geplante europäisch-kanadische Handelsabkommen *CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement)* einen Antrag auf Registrierung bei der Europäischen Kommission gestellt. Sie fordert darin auf, dem EU-Minister-

rat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat über die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)* aufzuheben und auch das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (*CETA*) nicht abzuschließen. Die EU-Kommission hat zwei Monate Zeit, um die Initiative zu prüfen. Damit das Bürgerbegehren Erfolg hat, müssen ab September 2014 binnen eines Jahres europaweit eine Million Unterschriften gesammelt werden. Online kann schon jetzt unterschrieben werden unter: <https://www.campact.de/ttip/appell/teilnehmen/>

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung: Kein Geld für tierschutzwidrige Projekte

Marie-Luise Strewe, Vorsitzende

Auf Drängen von Tierschutzorganisationen und der Fraktion der *Grünen/EFA* im EU-Parlament beschloss im Mai 2014 die *Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)* als erste internationale Finanzinstitution, dass künftig nur noch Finanzbeihilfen für Tierhaltungsanlagen in Drittländern zur Verfügung gestellt werden, die die EU-Tierschutzstandards erfüllen oder übertreffen.

Das war bisher nicht der Fall. Die *EBRD* hatte zwischen 2002 und 2011 Kredite in Höhe von 218 Millionen Euro für 11 Projekte außer-

halb der EU vergeben, die auf intensive Tierhaltung setzen und in der EU längst verboten sind. (Wir berichteten darüber in unserer Ausgabe 3/2013.)

Die neuen Bestimmungen der *EBRD* sind zwar begrüßenswert, letztendlich aber ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn nach wie vor fördern weitere internationale Finanzinstitutionen und Exportkreditagenturen wie die deutsche *Euler Hermes Kreditversicherung* mit Millioensummen tierschutzwidrige Projekte in Drittstaaten. (Nähere Informationen finden Sie in der englischsprachigen Dokumentation *International Finance Institutions, Export*

Credit Agencies and Farm Animal Welfare, 2013 unter dem Link: http://www.hsi.org/assets/pdfs/hsi_ifi_report_june_2013.pdf

Anmerkung: Grundsätzlich bleibt die industrielle Tierhaltung – auch nach EU-Standards – der falsche Weg. Solange kein radikaler Systemwechsel hin zu einer nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft mit (extensiver) Weidehaltung erfolgt, kann noch nicht einmal ansatzweise von einer „tiergerechten“ Haltung gesprochen werden. (Ganz abgesehen von der grundlegenden moralischen Frage, ob wir Tiere um ein bisschen Gaumenfreude willen überhaupt einsperren und töten dürfen.)

Europawahl 2014: Chancen für den Tierschutz?

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Durch den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde hatten erstmals kleinere Parteien die Chance, in das EU-Parlament einzuziehen. Es ist vorteilhaft, dass dieses nach Inkrafttreten des *Vertrags von Lissabon* am 1.12.2009 gestärkt wurde. Denn einerseits ist in diesem Vertrag das Wohlergehen der Tiere als fühlende Wesen festgeschrieben, andererseits haben sich die Parlamentarier in den letzten Jahren mehrfach für einen verbesserten Tierschutz eingesetzt. Nun können Gesetze nur noch mit Zustimmung des EU-Parlaments verabschiedet werden.

Vor der Europawahl am 25.5.2014 hatte unser Bundesverband durch einen umfangreichen Fragenkatalog an die Spitzenkandidaten sowie durch Analysieren der Wahlprogramme ermittelt, wie die Parteien zu wichtigen Tierschutzthemen stehen. Abgefragt wurde unter anderem die Einstellung zur Einführung einer Tierschutz-Verbandsklage, zu Tierversuchen und der Förderung von alternativen Testmethoden. Aber ebenso danach, welche Maßnahmen für eine tier- und umweltverträgliche Land-

wirtschaft geplant sind oder inwieweit Bereitschaft besteht, das Problem der Straßenhunde, vor allem in Rumänien, durch flächendeckende Kastrationsprogramme zu lösen und ein einheitliches Schutzniveau für Hunde und andere Heimtiere innerhalb der EU zu schaffen. Alle Parteien sagen zu diesem Punkt ihre Unterstützung zu.

Die ausführlichen Fragestellungen können Sie nachlesen unter: <http://www.tierrechte.de/themen/wahlen/eu-wahl-2014/eu-wahl-unsere-fragen-an-die-parteien>

Wie unser Bundesverband ermittelte und nicht anders zu erwarten war, haben die großen Parteien *CDU*, *SPD* und *CSU* mit Tierschutz nicht viel im Sinn. *DIE LINKE* und die *Grünen* sind in Bezug auf Tierschutz fast gleichwertig positiv eingestellt. Erstaunlicherweise zeigt sich die *FDP* etwas tierfreundlicher als bisher und will beispielsweise eine generelle Weiterentwicklung des Verbandsklagerechts nicht länger blockieren. Am besten schneiden die kleinen Parteien im Tierschutz ab. Bei der *Tierschutzpartei MUT* ist natürlich der Name das Programm, aber auch die *Piraten* und die *ÖDP*

setzen sich für einen progressiven Tierschutz ein.

Die Positionen der Parteien zur Reduzierung der Tierversuche und zur Förderung tierversuchsfreier Verfahren sind sehr unterschiedlich. *CDU/CSU* sind nach wie vor der Meinung, dass Deutschland bereits genügend unternimmt. Die anderen Parteien treten dagegen für eine massive Aufstockung der EU-Fördermittel für Alternativmethoden zum Tierversuch ein, für Verbote von Tierversuchen für Haushaltsprodukte und Experimente, die mit „starken Schmerzen, schweren Leiden oder schweren Ängsten“ einhergehen.

Zwar sind die kleinen Parteien noch weit davon entfernt, eine gravierende Umkehr zu mehr Tierschutz in der EU zu erreichen. Es freut uns jedoch sehr, dass sie sich positionieren konnten und somit zumindest Nadelstiche setzen können.

Die Ergebnisse wurden als Hilfe zur Wahlentscheidung für Tierfreunde auf der Internetseite unseres Bundesverbands und in seinem Newsletter präsentiert. Der Link zu den Tierschutzprofilen der Parteien:

<http://www.tierrechte.de/themen/wahlen/eu-wahl-2014>

Erforschung der Multiplen Sklerose – Tierversuche taugen nichts

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 27.2.2014

Tierversuche zur Erforschung der Multiplen Sklerose (MS) taugen nichts. Dies geht laut bundesweitem Verein *Ärzte gegen Tierversuche* aus einer aktuellen Studie der *Tierärztlichen Hochschule Hannover (TiHo)* hervor, die im Fachmagazin *PLOS ONE* veröffentlicht wurde. Bereits innerhalb unterschiedlicher Tier„modelle“ der Multiplen Sklerose zeigt sich eine mangelnde Übertragbarkeit und im Vergleich zum Menschen reagieren diese komplett entgegengesetzt. Die Autoren stellen die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Situation beim Menschen in Frage.

Wissenschaftler der *TiHo Hannover* haben in Datenbanken verfügbare Daten von menschlichen Patienten sowie aus tierexperimenteller Forschung unter die Lupe genommen. Analysiert wurden Veröffentlichungen zu drei gängigen Tier„modellen“, bei denen die MS auf unterschiedliche Weise hervorgerufen wird. Bei der Experimentellen autoimmunen Enzephalomyelitis (EAE) werden Mäusen oder Ratten Proteine aus den die Nervenfasern umgebenden Myelinscheiden injiziert, wodurch das Immunsystem die Nervenzellen des eigenen Körpers attackiert. In einem weiteren „Modell“ wird bei Mäusen eine Virusinfektion des Zentralnervensystems verursacht. Im dritten Fall werden Mäuse so manipuliert, dass es zu einer Überproduktion eines Signalstoffs kommt, der bei Entzündungsreaktionen eine zentrale Rolle spielt. Mittels statistischer Methoden haben die Forscher zudem ermittelt, wie viele der rund 20.000 Gene ein unterschiedliches Expressionsmuster (sog. differentiell exprimierte Gene) zeigen, wenn man die Daten von erkrankten und gesunden Menschen bzw. Tieren untersucht.

Wie die Auswertung ergab, gelingt es in Tierversuchen nicht, auf der Ebene einzelner Gene eine nennenswerte Übereinstimmung zur menschlichen Erkrankung nachzuweisen. Beim Menschen geht man bei MS von knapp 5.000 differentiell exprimierten Genen aus. Im Vergleich zu den drei Tier„modellen“ konnten jedoch lediglich zwölf übereinstimmende Gene gefunden werden, zudem verhielten diese sich komplett gegensätzlich. Alle zwölf Gene waren bei an MS erkrankten Menschen herunter-, in den Tiermodellen jedoch hochreguliert. Selbst zwischen den drei Tier„modellen“ konnten nur 40 übereinstimmende Gene identifiziert werden.

Bei der Multiplen Sklerose handelt es sich um eine unheilbare Erkrankung des zentralen Nervensystems, bei der körpereigene Abwehrzellen die Myelinscheiden der Nervenfasern angreifen und in Folge Entzündungen im Gehirn und Rückenmark entstehen. *„Tiere erkranken von Natur aus nicht an MS. Im Tierversuch werden also lediglich auf künstliche Weise ähnliche Symptome hervorgerufen, die mit der menschlichen Erkrankung nichts zu tun haben. Es verwundert nicht, dass auch nach rund 100 Jahren tierexperimenteller MS-Forschung die Ursachen der Erkrankung des Menschen noch weitgehend verborgen sind“*, erläutert Dipl.-Biol. Silke Bitz, Sprecherin der Ärztevereinigung.

Der Verein spricht sich für eine auf den Menschen bezogene Forschung aus, bei der mittels Tests an menschlichen Zellen und Patientenstudien relevante Erkenntnisse über Erkrankungen des Menschen gewonnen werden. *„Der Tierversuch ist unethisch und führt wissenschaftlich vollkommen in die Irre“*, so die Ärztevereinigung.

Weitere Information:

Faltblatt „Der Mensch ist keine Maus: Falsche Versprechungen der tierexperimentellen Forschung“
<http://www.aerzte-gegen-tierversuche-shop.de>

Unterschriftenübergabe gegen neues Tierversuchslabor in Berlin

Ingeborg Livaditis, Vorsitzende

Die Vereinigung *Ärzte gegen Tierversuche* überreichte am 26.3.2014 gemeinsam mit den *Tierversuchsgegnern Berlin und Brandenburg* 54.697 Unterschriften gegen den Tierversuchsnubau am *Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC)* an eine Vertreterin der

Senatskanzlei des Berliner Bürgermeisters. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hatte es bereits im Vorfeld abgelehnt, sich seiner Verantwortung zu stellen und die Unterschriften der Bürger entgegenzunehmen, die von ihm eine klare Politik hin zu einer modernen Forschung ohne Tierleid fordern.

Unterstützt wurden die Tierversuch-

suchsgegner von der Berliner Abgeordneten Claudia Hämmerring (*Grüne*). Sie führte aus: *Wir Menschen sind die am höchsten entwickelte Spezies auf unserem Planeten. Daher tragen wir die Verantwortung für die Natur und alle Lebewesen. Wenn wir unsere Ressourcen einseitig für die Tierversuchsforschung einsetzen, ist das unethisch und führt in die*

Sackgasse, da Ergebnisse von Tierversuchen oft nicht auf den menschlichen Organismus übertragbar sind. Es gilt, die tierversuchsfreie Forschung zu fördern, um den Teufelskreis der Tierversuche zu durchbrechen.

Dabei ist Berlin schon jetzt eine Hochburg der Tierversuche und belegt mit rund 440.000 getöteten Tieren den dritten Platz der Negativ-Rangliste. (2012 waren es bundesweit insgesamt 3.081 Millionen.) Anstatt Tierversuche abzubauen ist also mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Über den geplanten Neubau und mangelnde Kontrollen beim bestehenden Max-Delbrück-Centrum berichteten wir in Heft 2 und 3/2012

und riefen ebenfalls zu Protesten auf.

Laut gemeinsamer Pressemitteilung der Ärztevereinigung und der Berliner Tierversuchgegner vom 19.3.2014 ist das MDC bereits jetzt Deutschlands größtes Tierversuchslabor mit Kapazitäten von über 52.000 Mäusen und 2.000 Ratten: *Mit dem 24 Millionen Euro teuren, aus öffentlichen Geldern finanzierten In-vivo-Pathophysiologie-Labor (IPL) entsteht in Berlin-Buch ein weiteres riesiges neues Tierversuchslabor. In den nächsten Jahren sind dort Versuche an durchschnittlich über 100.000 Tieren pro Jahr geplant.*

Am MDC wird beispielsweise der Mechanismus des Juckreizes bei

Mäusen und Nacktmullen untersucht. Den Tieren wird Histamin in die Haut zwischen den Schulterblättern gespritzt und beobachtet, wie oft sich die Tiere dort kratzen. Das Ergebnis der Studie ist, dass sich Mäuse nach Histamininjektion oft kratzen, Nacktmulle nicht.

Die stellvertretende Vorsitzende der Ärzte gegen Tierversuche, Dr. med. vet. Corina Gericke, kritisierte: *Öffentliche Gelder dürfen nicht länger in eine ethisch inakzeptable und medizinisch unsinnige Forschung fließen. Eine tierversuchsfreie Forschung mit menschlichen Zellkulturen, Mikrochips und Bevölkerungsstudien muss ausgebaut werden, so wie es auch im Koalitionsvertrag des Landes Berlin vereinbart wurde.*

Tierversuche: Tierschutzgesetz verstößt gegen EU-Recht Menschen für Tierrechte verlangen sofortige Änderung

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Nach dem Skandal-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum jahrelangen Rechtsstreit um die Hirnforschung an Affen (s. Heft 1/2014) forderte unser Bundesverband *Menschen für Tierrechte* Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) zu einer sofortigen Änderung des Tierschutzgesetzes auf.

Laut aktuellem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 20.1.2014 sowie der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Bremen vom 11.12.2012 dürfen die für Tierversuche zuständigen Genehmigungsbehörden lediglich die Angaben der Experimentatoren auf Logik durchleuchten; ein eigenständiges Prüfrecht wird ihnen verweigert. Dies steht jedoch im Widerspruch zur Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU.

Ermöglicht wurde dieses Urteil durch eine schwammige Formulierung bei der Änderung des Tierschutzgesetzes, das von der schwarzgelben Bundesregierung verabschiedet wurde. Damit ist sie den Forderungen der tierexperimentell arbeitenden Wissenschaftlern nachgekommen, die sich vehement gegen die neue EU-Richtlinie gewehrt und

erfolgreiche Lobbyarbeit betrieben hatten. Die Widerstände von Tierrechts- und Tierschutzverbänden gegen die mangelhafte Umsetzung der Richtlinie blieb dagegen ebenso unberücksichtigt wie das von ihnen vorgelegte Rechtsgutachten von Prof. Dr. jur. Anne Peters von der Universität Basel.

Um die Forderungen nach einer entsprechenden Änderung des Tierschutzgesetzes durchsetzen zu können, wandte sich unser Bundesverband an die Bundesländer, damit diese gegebenenfalls über den Bundesrat mittels einer Bundesratsinitiative die Änderung voranbringen könnten.

Unterstützung durch die Grünen

Der grüne Europa-Abgeordnete Michael Cramer MdEP und die tierschutzpolitische Sprecherin von *Bündnis 90/Die Grünen* im Berliner Abgeordnetenhaus, Claudia Hämmerling MdA, beanstandeten ebenfalls, dass die Bundesregierung die auf EU-Ebene verabschiedete Verbesserung des Schutzes von Versuchstieren fehlerhaft in nationales Recht umgesetzt habe. Ethische Ablehnungsgründe seien nicht vorgesehen, so dass alle wissenschaftlich begründeten Tierversuche genehmigt wer-

den müssten. Tierversuche zu Bildungszwecken wären nicht einmal genehmigungsbedürftig.

Die beiden Politiker stellten gemeinsam mit dem Vorsitzenden der *Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutzrecht e.V.*, Dr. Christoph Maisack, und dem renommierten Mediziner Dr. Wolf-Dieter Hirsch bei einem Pressegespräch am 14.5.2014 in Berlin ihren offenen Brief an EU-Kommissar Tonio Borg vor. Dabei verwiesen sie auf die folgenschweren Auswirkungen der Deutschen Gesetzesnovelle.

In ihrem Brief an den für das Tierwohl zuständigen Kommissar Borg machten die Politiker auf die mangelhafte Umsetzung der verabschiedeten EU-Richtlinie in nationales Recht aufmerksam. Sie fordern die Kommission auf, „ihre Rolle als Hüterin der Verträge wahrzunehmen und alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um schnellstmöglich eine korrekte Umsetzung der besagten Richtlinie in deutsches Recht sicherzustellen.“

Den offenen Brief an EU-Kommissar Tonio Borg finden Sie unter: <http://www.claudia-haemmerling.de/2014/ob-tierversuche.pdf>

16 Organisationen* kritisieren vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

Gemeinsame Pressemitteilung vom 8.4.2014

Das Bundesverwaltungsgericht fällt durch tierschutzfeindliche Urteile und Aussagen auf. Zuständig ist der vorsitzende Richter Dieter Kley, der u.a. das Staatsziel Tierschutz als „kleines Steinchen“ bezeichnet. 16 Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen sowie mehr als 25.000 Personen fordern das Präsidium des Gerichts auf, die Zuständigkeit für das Tierschutzrecht einem unvoreingenommenen Richter anzuvertrauen.

Im Jahr 2006 sorgte Richter Kley zum ersten Mal für Aufsehen, als er im sogenannten »Schächt-Prozess« u.a. das in Artikel 20a Grundgesetz festgeschriebene Staatsziel Tierschutz als »kleines Steinchen« bezeichnete und darüber hinaus die tierschutzfreundlichen Stellungnahmen zweier Bundestagsabgeordneter, die an der Formulierung des »Schächt-Paragrafen« beteiligt waren, mit den Worten »Was die sagen, interessiert uns nicht« vom Tisch wischte. Es wurde ein Befangenheitsantrag gestellt, über den nie entschieden wurde, weil Richter Kley die Zuständigkeit für das Tierschutzrecht zeitweise entzogen wurde.

Inzwischen wurde dem Richter die Zuständigkeit

für das Tierschutzrecht wieder zugewiesen. Der erste Tierschutzfall von Richter Kley bestätigte die schlimmsten Erwartungen der Tierschützer: Die Affenversuche in Bremen wurden zugelassen. Hätte der Richter dem Staatsziel Tierschutz auch nur eine ansatzweise angemessene Bedeutung zukommen lassen, dann hätte er ein richtiges Revisionsverfahren zulassen müssen. Stattdessen lehnte er die Revision ab und erklärte die Tierversuchskommissionen im Grunde für bedeutungslos, da sie aus seiner Sicht ohnehin allen Tierversuchsanträgen zustimmen müssen.

16 Tierschutzorganisationen nahmen das zum Anlass, sich zusammenzuschließen und sich in einem öffentlichen Appell an das Präsidium des Bundesverwaltungsgerichts zu wenden. Diesen Appell haben bereits mehr als 25.000 Personen unterzeichnet. Das Präsidium hat bislang nur geantwortet, dass voraussichtlich über eine Neuverteilung der Geschäfte entschieden werden muss, wenn der Bundespräsident einen neuen Präsidenten oder eine neue Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts ernannt. Dieser Schritt steht demnächst an.

* Auch wir haben den Brief unterzeichnet und an die Medien geschickt.

Erfolg für die EU-Bürgerinitiative STOP VIVISECTION: Über eine Million gültiger Unterschriften erreicht!

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Die EU-Bürgerinitiative *STOP VIVISECTION (Stoppt Tierversuche)* richtet sich gegen die Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU (die darüber hinaus in Deutschland mangelhaft in nationales Recht umgesetzt wurde). Sie soll den Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere regeln. Artikel 13 des Vertrags über die *Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)*, die zum Primärrecht der EU zählt und seit 1.12.2009 in Kraft ist, besagt, „dass die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung tragen müssen.“ Tierversuche, die uneingeschränkt Schmerzen und Leiden bei fühlenden und wehrlosen Wesen verursachen, sind daher laut den Initiatoren

der Kampagne *als inakzeptable Praxis anzusehen. Die ethischen Gründe werden durch Wissenschaftler bestätigt. Diese versichern, dass der Nutzen von „Modellorganismen“ keine wissenschaftliche Gültigkeit bei der Beurteilung von Aspekten der menschlichen Gesundheit zukomme; in der Tat liegen keine statistischen Daten vor, die die Wirksamkeit und Zuverlässigkeit dieser Modelle untermauern würden. Tierversuche können daher wie folgt beurteilt werden:*

- als eine **Gefahr** für die menschliche Gesundheit und die Umwelt,
- als **Bremse** in der Entwicklung neuer, auf den jüngsten wissen-



schaftlichen Errungenschaften beruhender Verfahren der biomedizinischen Forschung,

- als **Hindernis**, um zuverlässigere, umfangreichere, schnellere und kostengünstigere Ergebnisse zu erzielen, die durch neue, speziell auf den Menschen zugeschnittene Technologien gewonnen werden könnten.

Zu den Initiatoren zählen im Bürgerausschuss die folgenden Kapazitäten:

André Ménache (Vereinigtes Königreich)

Als Zoologe und Tierarzt, Vorsitzender von Antidote Europe und ehemaliger Präsident der Doctors and Lawyers for Responsible Medicine hatte er Anteil an der Deklaration von Helsinki (einem Meilenstein in der Geschichte der Forschungsethik), indem er sie zugunsten des Einsatzes von Alternativmethoden änderte. Ménache arbeitet als Berater von Animal Aid und verfasste den Bericht Victims of Charity (Opfer der Wohltätigkeit).

Gianni Tamino (Italien)

Der Biologiedozent leitet den weiterführenden Bioethikkurs an der Universität von Padua. Er war Mitglied des Italienischen Parlaments (Unterhaus) und des Europäischen Parlaments, wo er im Bereich Umwelt, Tiere, Energie und Biotechnologie tätig war. Er hat mehrere Bücher und Artikel zu Wissenschaft und Kultur verfasst und ist Präsident des Wissenschaftsausschusses Equivita, der sich mit Transgenese und Tierversuchen befasst.

Claude Reiss (Frankreich)

Als Arzt und Zellbiologe ist er seit 30 Jahren Labordirektor am Centre national de la recherche scientifique (CNRS) in Paris und am Institut Jacques Monod; Reiss ist ehemaliger Dozent für Biochemie an der Universität von Lille und Gründer von Antidote Europe, einer vorwie-

gend aus Ärzten und Forschern bestehenden Vereinigung, die sich für eine verantwortungsvolle, sichere und „wissenschaftlich“ begründete biomedizinische Forschung einsetzt.

Auf Grundlage des § 11 des Vertrags von Lissabon ist es Bürgern seit April 2012 möglich, wichtige Anliegen an die Europäische Kommission heranzutragen, die per Gesetz geregelt werden sollen. Dafür sind EU-weit eine Million Unterschriften nötig.

Die Petition lautet:

Angesichts der genannten Fakten fordern wir als EU-Bürger hiermit die Europäische Kommission auf, die Richtlinie 2010/63/EU (genannt „Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere“) außer Kraft zu setzen und einen neuen Vorschlag vorzulegen, der darauf ausgerichtet ist, Tierversuche endgültig abzuschaffen und die Verpflichtung umfasst, in der biomedizinischen und toxikologischen Forschung nur noch Daten zu nutzen, die speziell für Menschen und nicht für Tiere gewonnen wurden.

Am 25.4.2012 wurde STOP VIVISECTION beim Register der Europäischen Kommission vorgelegt, die Bestätigung der Registrierung erfolgte am 22.5.2012. Damit begann die Unterschriftensammlung in Online- und Papierform, die bis 1.11.2013 lief.

Unzählige nationale und interna-

tionale Organisationen der EU haben sich dieser Bürgerinitiative angeschlossen. Auch wir sammelten an unseren Infoständen Unterschriften.

Es war die bisher größte Bürgerinitiative gegen Tierversuche. 1,35 Millionen EU-Bürger haben formal ihren Willen ausgedrückt, Tierversuche endlich abzuschaffen. Das ist ein wunderbares Ergebnis!

Die nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten mussten die Unterschriften auf ihre Gültigkeit überprüfen und ungültige aussortieren. Sie bestätigten im April 2014, dass über eine Million gültige Unterschriften gesammelt worden sind. Das bedeutet, dass diese Kampagne die erste EU-Bürgerinitiative sein wird, mit der sich das neu gewählte Europaparlament und die neue EU-Kommission beschäftigen müssen. Im September 2014 wird die offizielle Anhörung mit den beiden erstgenannten Initiatoren in Brüssel stattfinden, im Oktober 2014 wird die offizielle Stellungnahme der EU-Kommission erwartet, in der sie erklären wird, wie sie auf die Forderungen der Bürger reagieren will.

Wir hoffen natürlich auf ein positives Ergebnis zu Gunsten des Tierschutzes, nachdem bereits die Eurobarometer-Umfrage von 2006 erbracht hat, dass 86 % der europäischen Bevölkerung aus ethischen Gründen gegen Tierversuche sind.

Der Link zur Kampagne:

<http://www.stopvivisection.eu/de/>

Einspruch gegen Patent auf »Krebs-Schimpanzen«

Testbiotech e.V. – Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie

Bündnis-Pressemitteilung vom 30.4.2014

Fast ein Dutzend Organisationen haben gemeinsam Einspruch gegen ein europäisches Patent (EP 1364025) der australischen Firma *Bionomics* eingelegt. Die Firma beansprucht Gene, die aus dem menschlichen Körper isoliert wurden und an der Entstehung von Krebs beteiligt sind. Laut Patent sollen mit diesen Genen Schimpansen und verschiedene andere Säugetierarten wie Schweine, Schafe, Hunde und Katzen manipuliert werden. Die Tiere hätten dann ein erhöhtes Risiko, an Krebs zu erkranken und sollen in Tierversuchen eingesetzt wer-

den. *Bionomics* hält bereits drei europäische Patente auf gentechnisch veränderte Schimpansen, weitere Patente sind angemeldet.

Am Einspruch beteiligt sind:

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt
Deutscher Tierschutzbund
Gen-ethisches Netzwerk (GeN)
Gesellschaft für ökologische Forschung
Jane Goodall Institut – Deutschland
Kein Patent auf Leben!
Menschen für Tierrechte – Bundesverband der Tierversuchsgegner
Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG)

TASSO
Testbiotech
Wild Chimpanzee Foundation, Germany (WCF).

Der Einspruch wird durch 15.500 Unterschriften unterstützt.

»Vor 40 Jahren erschien die erste Publikation, die zeigte, dass es möglich ist, Säugetiere gentechnisch zu manipulieren. Die Zahl der Tiere, die im Bereich Gentechnik für Tierversuche verwendet wird, steigt seit Jahren an und hat 2012 in Deutschland fast die Zahl von einer Million erreicht. Zudem wurden in Europa bereits rund 1.500 Patente auf gentechnisch veränderte Tiere erteilt. Diese Patente sind ein wirtschaftlicher Anreiz für immer mehr Tierversuche. Es ist höchste Zeit für einen Kurswechsel. Diese Patente müssen gestoppt werden. Wir verlangen Respekt im Umgang mit Tieren. Dies gilt ganz besonders für den Umgang mit Menschenaffen, von denen angenommen wird, dass sie über ein menschenähnliches Bewusstsein verfügen«, fordert Christoph Then von Testbiotech.

Bereits 2013 hatten die einsprechenden Organisationen gemeinsam einen Brief an Investoren von *Bionomics* gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, für die Einhaltung ethischer Grenzen zu sorgen – bis jetzt ohne Reaktion. Unter den angeschriebenen Investoren befinden sich u.a. die *HSBC-Bank*, *UBS*, *JP Morgan*, *Citicorp* und *BNP Paribas*. Zuvor wurden bereits drei weitere Einsprüche gegen Patente auf Schimpansen und

weitere Tierarten eingelegt, die für die Firmen *Intrexon* und *Altor* (beide USA) erteilt wurden. Diese Firmen haben inzwischen reagiert und wollen ihre Patentansprüche verteidigen. Es ist deswegen zu erwarten, dass es in diesen Fällen zu öffentlichen Anhörungen am Europäischen Patentamt kommen wird.

Der aktuelle Einspruch richtet sich auch gegen die Patentierung der menschlichen Gene, die nach Ansicht der einsprechenden Organisationen lediglich als Entdeckung angesehen werden können, aber nicht als Erfindung. Sogar der US Supreme Court hat jüngst Patente verboten, in denen aus dem menschlichen Körper isolierte Erbsubstanz als »Erfindung« patentiert wurden.



Aktion: Auch Sie können sich Online an dem Einspruch beteiligen:

www.testbiotech.de/unterschreiben_schimpansen

Weiterführende Informationen:

Text des Einspruchs: www.testbiotech.org/node/1033

Verschwiegene Tieropfer im Versuchslabor 4,6 Millionen Tiere als „Überschuss“ getötet

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 16.5.2014

Aufgrund der „Vorrats“haltung und „Ausschussproduktion“ leiden und sterben mindestens 2,5-mal so viele Tiere im Labor als offiziell angegeben. Eine aktuelle Auswertung des bundesweiten Vereins *Ärzte gegen Tierversuche* offenbart, dass die Politik das tatsächliche Ausmaß der tierexperimentellen Forschung verschleiern und kein Interesse zeigt, für Transparenz zu sorgen.

Die Tierversuchstatistik der Bundesregierung umfasst mit den rund 3,1 Millionen Tieren nur einen Teil der tatsächlichen Opfer der Tierversuchsindustrie. Tiere, die bei Genmanipulationen als „Ausschuss“ geboren werden und solche, die von den Experimentatoren auf „Vorrat“ gehalten oder Mangels „Bedarf“ getötet werden, tauchen in der Statistik gar nicht erst auf.

Der Ärzteverein hat mit der Zielsetzung, das verschwiegene Leid der Tiere öffentlich zu machen, einige Bundesländer um Offenlegung der echten Zahlen gebeten. Mangels Mitteilungswillens des Großteils der Poli-

tik basiert die Hochrechnung auf einzelnen gesicherten Daten. So ist in Berlin die Zahl der Tiere im Labor über dreimal höher als offiziell angegeben, wenn man die auf „Vorrat“ gezüchteten Tiere berücksichtigt. Da die Maschinerie in anderen Bundesländern nach dem gleichen Prinzip funktioniert, sind auch dort vergleichbare Relationen anzunehmen. An der *Universität Gießen* beispielsweise werden im Labor mindestens 2,5-mal mehr Tiere gehalten, als in Tierversuchen verwendet werden. Ähnlich in den Niederlanden, wo es doppelt so viele sind. Anders als in Deutschland wird die Zahl dort jedoch nicht geheim gehalten. Unter Einbezug einer angenommenen „Vorrats“tierhaltung um das 2,5-fache ergeben sich in deutschen Labors nach Angaben der Ärztevereinigung rund 7,7 Millionen Tieropfer.

Hinzu kommen Tiere, die als „Ausschuss“ bei Genmanipulationen entstehen. Um ein einziges transgenes Tier zu erhalten, müssen bis zu 54 Tiere sterben, da sie nicht die gewünschte Genveränderung aufweisen. Diese „Ausschuss“quote von bis zu 98 Prozent unterstreicht laut Ärzteverein, wie respekt- und würdelos mit Tieren umgegangen wird und sie lediglich zu Wegwerfartikeln degradiert werden. Bestätigt wird dies durch die Aussage der hessischen Universitäten, wonach die genver-

änderten Tiere, die nicht dem Forscherwunsch entsprechen, „gemäß Betriebsanweisung unschädlich zu inaktivieren und keiner anderen Verwendung zuführbar sind“.

Das Tierschutzgesetz schreibt für die Tötung eines Tieres einen sogenannten vernünftigen Grund vor, zudem ist der Schutz der Tiere im Grundgesetz verankert. Nach Ansicht des Ärztevereins verstößt es daher gegen geltendes Tierschutzrecht, wenn „unerwünschte“ Tiere einfach getötet werden. Die angefragten Landesregierungen weisen jedoch jede Verantwortung lapidar zurück. Vorgebliches Nichtwissen, Verschleierungstaktik, Verweise auf den Datenschutz und Ignoranz sind die gängigen Abwehrstrategien, wenn es um die Belange wehrloser Tiere geht, so die Erfahrung der Ärztevereini- gung.

Die tatsächliche Dimension der Tierversuche ist

mangels Transparenz nur zu erraten. Der Ärzteverein setzt sich für ein gesetzliches Verbot von Tierversuchen ein. Solange es noch Tierversuche gibt, fordert er eine vollständige Erfassung aller Tiere und die Veröffentlichung der Daten. Es könne nicht angehen, dass der Steuerzahler das grausame Geschäft mit Tierversuchen jedes Jahr mit Milliarden Euro subventioniert und die Politik mit Informationen hinter dem Berg hält. Es gehe um Millionen fühlende Lebewesen, die mit Rücken- deckung der Politik für die einflussreiche Tierversuchs- lobby sinnlos leiden und sterben müssen.

Weitere Information:

Tierversuchsstatistik: <http://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/de/infos/statistiken/22-tierversuchsstatistik>

Aktuelle Studie belegt: Kein Nachweis über angeblichen Nutzen von Tierversuchen

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Pressemitteilung vom 13. Juni 2014

Einer Ende Mai in der medizinischen Fachzeitschrift *British Medical Journal* veröffentlichten Studie zufolge fehlt der Nachweis über den Nutzen von Tierversuchen und Gelder, die in die tierexperimentelle Forschung investiert werden, bleiben einer für Mediziner und Patienten sinnvollen Forschung vorenthalten. Der bundesweite Verein *Ärzte gegen Tierversuche* sieht darin einen weiteren Beleg für das Versagen des tierexperimentellen Systems und fordert eine moderne, tierversuchsfreie Forschung, die Tieren Leid erspart und für Patienten hilfreich ist.

Die Autoren durchforsteten Literatur nach Hinweisen für den klinischen Nutzen von Tierversuchen. Es zeigte sich, dass nur 25 Übersichtsarbeiten die These untermauern, dass die tierexperimentelle Forschung eine medizinische Relevanz hat und selbst diese wenigen Veröffentlichungen ließen Zweifel an der Qualität und Aussagekraft aufkommen. Hingegen würden sich Belege häufen, dass mit Tierversuchen, wenn überhaupt, nur sehr dürftig Vorhersagen für den Menschen getroffen werden können.

Die Studie führt eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen an, die den Nutzen von Tierversuchen auf den Prüfstand stellen. So lassen zahlreiche Studien den Rückschluss zu, dass selbst Ansätze, die im Tierversuch zunächst vielversprechend erscheinen, in der klinischen Studie am Menschen versagen und keine praktische Anwendung daraus resultiert. So folgte aus jahrzehntelanger Schlaganfallforschung keine einzige Therapie für den Menschen. Ähnlich bei Versuchen an einem „etablierten Mausmodell“ zur amyotrophen Lateralsklerose (Erkrankung des motorischen Nervensystems), bei denen sich von über 100 Medikamenten keines als

nützlich für Patienten erwiesen hatte.

Weiter zeigte sich, dass die Qualität bei der Durchführung von Tierversuchen häufig mangelhaft ist. Nur bei 12 Prozent der tierexperimentellen Arbeiten wurden anerkannte Methoden des Studiendesigns angewendet.

Ein Projekt an einer englischen Universitätsklinik zielte darauf ab, mit einer besseren Schulung der Experimentatoren die Übertragbarkeit von Tierversuchsergebnissen auf den Menschen zu verbessern. Allerdings zeigte sich, dass die Motivation der Grundlagenforscher vielmehr in der wissenschaftlichen Entdeckungslust begründet lag als in der Absicht, klinisch anwendbare Erkenntnisse zu erlangen.

„Die aktuelle Studie belegt erneut, dass der von manchen Kreisen gebetsmühlenartig behauptete Nutzen von Tierversuchen keinerlei Fundament hat und zeigt darüber hinaus die stümperhafte und dem reinen Eigeninteresse dienenden Vorgehensweise im tierexperimentellen System“, resümiert Dipl.-Biol. Silke Bitz, Sprecherin der *Ärzte gegen Tierversuche*.

Die Autoren der Studie bezeichnen die bestehende Situation als unethisch und kritisieren, dass methodische Ungenauigkeit bei vorklinischen Tests dazu führen, dass darauffolgende klinische Studien am Menschen versagen, Probanden potentiellen Risiken ausgesetzt werden und uns nützliche Therapien möglicherweise vorenthalten bleiben. Zudem sei es ethisch nicht zu rechtfertigen, Tieren hierfür Leid zuzufügen.

Die Ärztevereinigung warnt schon lange vor den Gefahren des Tierversuchs und setzt sich für eine zielgerichtete Forschung ein, die mittels Bevölkerungsstudien, Zellforschung, Computersimulationen und Biochips zu relevanten medizinischen Erkenntnissen gelangt.

Weitere Informationen:

Originalstudie unter: www.aerzte-gegen-tierversuche.de/images/pdf/studien/bmj_pound_2014.pdf

Bahnbrechender Erfolg! Indien stoppt alle Tierversuche für Haushaltsprodukte

Ingeborg Livaditis, Vorstandsmitglied

Indien verkündigte am 28.6.2013, dass Tierversuche für Kosmetikartikel und deren Inhaltsstoffe verboten und durch alternative Testmethoden ersetzt werden. Anlass war das Vermarktungsverbot der EU für im Tierversuch getestete Kosmetika, das am 11.3.2013 in Kraft getreten war.

Nun ist Indien einen Schritt weiter als die EU! Laut Informationen der Tierrechtsorganisation *PeTA*

Indien beschloss am 31.1.2014 das *Bureau of Indian Standards Committee CHD 25*, das über die Zulässigkeit von Testverfahren entscheidet, dass Tierversuche für Haushaltsmittel (beispielsweise Haushaltsreiniger) und deren Substanzen ebenfalls durch Alternativmethoden ersetzt werden. Bislang wurden diese auf der Haut von Meerschweinchen getestet. Das Komitee hatte Unterstützung von Ministerin Maneka Gandhi erhalten, die eine Tierrechtlerin und Umwelt-

schützerin ist, sowie von weiteren Kongressmitgliedern.

Indien ist somit nach Israel der zweite Staat, der Tierversuche für Haushaltsmittel nicht mehr zulässt. Israel hat darüber hinaus ein Vermarktungsverbot sowohl für Kosmetika als auch für Haushaltsprodukte, die im Tierversuch getestet wurden, ausgesprochen. Dieser Schritt ist nun für Indien ebenfalls geplant. Damit kämen die EU und weitere Länder in Zugzwang.

Nachhaltige Landwirtschaft und Tierhaltung

Marie-Luise Strewe, Vorsitzende

Dass die industrialisierte Landwirtschaft mit ihren fatalen Auswirkungen auf Umwelt, Tiere und die globale Ernährungslage zum Scheitern verurteilt ist, ist längst kein Geheimnis mehr. Schon jetzt lassen sich die Erträge der wichtigsten Feldfrüchte, auf denen die Welternährung basiert, nämlich Reis und Weizen, nicht mehr steigern. Für Soja ist die gleiche Entwicklung absehbar. In Europa stagnieren die Ernteerträge der wichtigsten Getreide produzierenden Länder Frankreich, Großbritannien und Deutschland schon seit zehn Jahren.

Wie nachhaltige Landwirtschaft aussehen könnte, beschreibt eine von Martin Häußling, Abgeordneter der *GRÜNEN* im Europäischen Parlament herausgegebenen Studie.

Im ersten Kapitel geht es um die „Ineffizienz heutiger Fleischproduktion“:

Problem Nutztierhaltung

Ein Großteil der weltweiten Getreidernte wird bekanntlich nicht für die menschliche Ernährung verwendet, sondern landet in den Futtertrögen der „Nutz“tiere. Hierzulande werden 16,9 Millionen Hektar (knapp die Hälfte der Gesamtfläche) landwirtschaftlich genutzt. Davon werden rund 62 Prozent – das sind etwas

mehr als zehn Millionen Hektar – für die Erzeugung von Futtermitteln verbraucht, rund zwei Drittel davon für Schweine- und Geflügelfutter. In Übersee werden für die Produktion deutschen Tierfutters weitere 2,8 Millionen Hektar Land „verheizt“, für die Länder der EU insgesamt 29 Millionen Hektar, eine Fläche so groß wie Italien.

Problem Fleischkonsum

Um den Ast noch zu retten, auf dem wir alle sitzen, müssen wir folglich auf eine nachhaltigere Form der Nahrungserzeugung umsteigen, und zwar schnell. Ohne eine drastische Veränderung der Nahrungsgewohnheiten wird das nicht funktionieren. Pro Kopf verbrauchen die Deutschen heutzutage durchschnittlich 88 Kilo Fleisch im Jahr (inklusive Futter für Haustiere, Knochenabfälle und sonstiger bei der Verwertung entstehender Abfälle) – das sind sechs Kilo mehr als der EU-Durchschnitt. Tatsächlich essen wir etwa 60 Kilo Fleisch, und zwar zu 60 Prozent Schweinefleisch. Das ist viermal so viel wie 1850 gegessen wurde. Dagegen hat der Verzehr von eiweißreichen Hülsenfrüchten seitdem um 75 Prozent abgenommen, d.h., eiweißreiches Gemüse wurde durch tierisches Eiweiß ersetzt. (Der Milchkonsum stieg übrigens seit 1860 um

das Sechzehnfache des damaligen Pro-Kopf-Verbrauchs!)

Würde die deutsche Bevölkerung – wie es die *Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE)* empfiehlt – den Fleischkonsum halbieren (was zwei Schnitzel pro Kopf und Woche weniger hieße), stünden schlagartig 4,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche für den Bio-Landbau frei. Das wäre nach Aussage der Autoren genug, um Deutschland zu hundert Prozent ökologisch zu ernähren. Ein großer Flächenanteil könnte für eine extensive ökologische und artgerechtere Tierhaltung genutzt werden. Oder für den Natur- und Artenschutz. Und ganz nebenbei könnte auch ein Stück Savanne und Regenwald in Südamerika rekultiviert werden, da sich auch der Soja-Import halbieren würde.

Ausweg Weidehaltung?

Nicht der Umstand, dass wir Tiere halten und uns zum Teil von ihnen ernähren, ist grundsätzlich das Problem, sondern die Tatsache, dass sie bei den heute überwiegend praktizierten Haltungs- und Fütterungsmethoden für uns Menschen zu Nahrungsmittelkonkurrenten werden.

Die Autoren der Studie setzen deshalb auf die Weidehaltung von Wiederkäuern als zukunftsweisendes ökologisches und zudem „artge-

rechtes“ Modell der Nutztierhaltung. Zwar würden weidende Rinder, Schafe und Ziegen mehr Fläche beanspruchen als etwa Schweine oder Hühner. Da sie sich als Grasfresser jedoch überwiegend von Grünland ernähren, stünden sie nicht (oder kaum) in Nahrungskonkurrenz zu uns, sondern „veredeln“ das für den Menschen nicht verwertbare Gras in Milch und Fleisch. Allerdings wäre der Platzbedarf für die Bio-Tierhaltung immer noch enorm: Auch bei stark reduziertem Fleischkonsum der deutschen Bevölkerung wären dafür noch 8,4 Millionen Hektar Fläche erforderlich. (1)

Würde für die Tierhaltung übrigens ausschließlich Grasland genutzt werden, das für den Anbau von Ackerfrüchten und Gemüse ungeeignet ist, müsste der Konsum von Tierprodukten noch viel drastischer abnehmen.

WissenschaftlerInnen des Projekts *Sentience Politics* der *Bruno-Giordano-Stiftung Schweiz* errechneten, wie viele Tierprodukte tatsächlich die ursprünglichen Wiesen und Weiden der Schweiz hergeben, die für den Ackerbau nicht nutzbar sind. Das Ergebnis ist kaum verwunderlich: Es wäre ein Bruchteil dessen, was gegenwärtig in der Schweiz pro Kopf und Jahr konsumiert wird, nämlich pro Jahr nur 14 kg Fleisch, 250 kg Milch(produkte) und 5 Eier: *Demnach wäre in einem Grasland wie der Schweiz für Omnivore [Anm. Red.: Allesesser] etwa folgende Ernährung angezeigt: 6 Vegi-Tage pro Woche, fast die Hälfte der Vegi-Mahlzeiten vegan, und praktisch alle anderen Vegi-Mahlzeiten ohne Eier. Mehr Tierprodukte gibt unser Grasland nicht her.* (2) Noch viel drastischer dürften entsprechende Berechnungen für Deutschland ausfallen. Hierzulande gibt es – gemessen an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche – wesentlich weniger Dauergrünland als in der Schweiz. (3) Dementsprechend gering würden die Fleisch-, Milch- und Eier-Erträge ausfallen.

Tierwohl

Bei Weidehaltung würde es „Nutz“-tieren zweifellos viel besser gehen

als in der konventionellen Tierzucht. Dass auch „tiergerechte“ Haltung auf Wiesen und Weiden unnötiges Leid verursacht, wird leider oft ignoriert, auch von den Autoren der *Grünen-Studie*.

Beispiel: Die Rinderherden in den Hochregionen der Auvergne. Noch heute werden sie im Mai aus den Tälern auf die schier endlos scheinenden Bergweiden getrieben, wo sie den Sommer verbringen und im Oktober in die Täler zurückkehren. Dem aufmerksamen Beobachter entgeht jedoch bei aller vordergründigen Idylle nicht das Leiden der Tiere: Kälber, die sich, von ihren Müttern getrennt, verstört zusammendrängen. Eine Mutterkuh auf der Weide, die tagelang nach ihrem Kalb ruft und immer wieder zu dem Stall zurückkehrt, in dem ihr Kind verschwand und nicht wiederkam; fast täglich Schlachtt Transporte...

Beispiel: Schafherden auf den Hochweiden der Alpen. Ein Sommer in Freiheit. Dann der Abtrieb: Ein verlorenes Lamm unter einem Felsüberhang kauern. An der Sammelstelle kleinere Gruppen, vom Rest der Herde separiert, eingepfercht, jämmerlich blökend. Ein einzelnes Schaf auf einem Hänger, verzweifelt schreiend. Dann der Abtransport zum Schlachthof...



Schafabtrieb in Kärnten

Foto: Marie-Luise Strewé

Bio-vegane Landwirtschaft

Landwirtschaftlich genutzte Flächen [Anm.: auch Weideflächen] binden weit weniger CO₂ aus der Atmosphäre als die natürliche Vegetation. Statt weiterhin für eine ökologische Tierhaltung zu plädieren, täten die *Grünen* gut daran, auf eine bio-vegane Landwirtschaft zu setzen.

Letztere ist nicht nur weitaus tierfreundlicher, sondern allen anderen Formen der Nahrungserzeugung überlegen. *Wenn wir eine Gesamtbilanz aufstellen, die Welternährungssituation, Flächenverbrauch, Ökologie, Gesundheit und den Tierschutz einschließt, dann kann die Schlussfolgerung nur sein: Wir müssen weg von der Tierhaltung, hin zu einer effizienten Verwendung pflanzlicher Kalorien.* (4)

Eine Gruppe von europäischen und amerikanischen Klimaforschern kam zu dem Schluss: Jede Art der Bewirtschaftung wirkt sich negativ auf das (Lokal)klima aus, selbst bei unverändertem Vegetationstyp. Also auch die Weidehaltung. (5)

Fazit:

Wir brauchen wieder mehr „Natur“ – und kein Weideland. Die riesigen Flächen, die durch bio-vegane Landbau frei würden, sollten wir zukünftig sich selbst überlassen. Die ursprüngliche Vegetation würde sich nach und nach wieder ausbreiten. Es gäbe wieder genug Platz für Wildtiere, die wir aus ihren Lebensräumen vertrieben haben. Und kein Jäger müsste mehr die Natur zurechtschießen...

Literatur:

- 1) BESTE, A.; BÖRNECKE, S.: Denn sie wissen, was sie tun. Wie nachhaltige Landwirtschaft aussehen könnte und warum wir sie noch nicht praktizieren. Analyse und Positionen. Hrsg. von Martin Häußling, 2013
- 2) LEUGGER, S.: Weil die Schweiz ein Grasland ist... Zahlen und Fakten zum anti-vegane Graslandargument-<http://sentience.ch/2014/04/weil-die-schweiz-ein-grasland-ist/>
- 3) http://www.statistikportal.de/statistikportal/landwirtschaftszaehlung_2010.pdf
- 4) SCHMIDINGER, K.: Wir müssen weg von der Tierhaltung. <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/fleischkonsum-und-klima-wir-muessen-weg-von-der-tierhaltung-71985.html>
- 5) TITZ, S.: Erwärmung durch Bewirtschaftung. <http://www.nzz.ch/wissenschaft/uebersicht/erwaermung-durch-bewirtschaftung-1.18292784>

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE**

Menschen für Tierrechte. TVG e.V., Alexanderstraße 13, D-70184 Stuttgart
E 48168 Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

**Tierversuchsgegner
Baden-Württemberg e.V.**

www.umweltfest-hall.de

**MENSCHEN
FÜR TIER
RECHTE.**

WILLKOMMEN BEIM 3. SCHWÄBISCH HALLER UMWELTFEST

Im Hospitalhof am 30. August 2014, von 10.00 bis 17.00 Uhr
mit Live-Musik, Kinderprogramm, veganem Essen und Getränken



Abb., auch Rückseite oben, aus dem Buch „Menschen - Feinde oder Freunde der Tiere?“
Hersg: Theologe Alfred Ölschläger und Marianne Wünsche